

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Franz Maget, Karin Radermacher, Johanna Werner-Muggendorfer SPD, Dr. Martin Runge BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN**

vom 26. Januar 2004, 15. Januar 2004, 26. Februar 2004

Umfang, Kosten und Vergabepraxis externer Beratungen der Bayerischen Staatsregierung

- I. Berater und Gutachter**
- II. Beiräte und Kommissionen**
- III. Evaluierung**

Externe Beratung der Staatsregierung I und II

Umfang, Kosten und Vergabepraxis externer Beratungen der Bayerischen Staatsregierung

I. Berater und Gutachten

Auf Grund der Diskussionen um externe Beratungsleistungen für die Bundesregierung und zahlreiche Landesregierungen, ergeben sich eine ganze Reihe vergleichbarer Fragestellungen an die Bayerische Staatsregierung.

Auch sie hat sich in der Vergangenheit häufig externer Beratung, z.B. durch die Unternehmensberatung Roland Berger, bedient. So sind u. a. die Effizienz der bayerischen Staatstheater, die Organisation des Kultusministeriums und die Effizienz der Schulverwaltung durch diese Unternehmensberatung untersucht worden. Ferner hat sie an der Hightech-Offensive der Staatsregierung mitgearbeitet.

Als Kommission hat die Henzler-Kommission die Staatsregierung bei der Umsetzung ihrer Politik unterstützt. Ferner haben Beiräte, wie der Wissenschaftlich-Technische Beirat (WTB), der Industriebeirat, der Energiebeirat oder der Internetbeirat, in denen Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft Spitzenvertreter aus Unternehmen, Verbänden, Hochschulen und Forschungseinrichtungen Mitglieder sind, die Staatsregierung bei der strategischen Ausrichtung ihrer Politik ebenfalls unterstützt. Agenturen wie Invest in Bavaria und Go to Bavaria können ergänzend genannt werden.

Wegen der offensichtlich erheblichen Größenordnung der vergebenen Beratungsleistungen stellt sich grundsätzlich die Frage, in welchem Umfang von der Bayerischen Staatsregierung, seit der Amtsübernahme von Ministerpräsident Stoiber 1994, externe Beratungen in Anspruch genommen worden sind.

Die bayerische Haushaltsordnung legt im Artikel 55 bei der Vergabe von Leistungen strenge Maßstäbe an. Deshalb ist auch die Vergabepraxis seitens der Bayerischen Staatsregierung bei der Vergabe von externen Berateraufträgen nicht nur hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften des Vergaberechts zu überprüfen. Es muss eine Offenlegung der Verträge gegenüber dem Parlament, eine effektive Kontrolle und mehr Transparenz gewährleistet werden. Insbesondere ist offen zu legen, inwieweit Aufträge ohne Ausschreibung freihändig vergeben worden sind, inwieweit Aufgaben, die an Externe delegiert worden sind, auch mit eigenem Personal hätten bearbeitet werden können, welche Honorargrößenordnungen bewilligt worden sind, welches öffentliche Interesse vorlag und ob die Ergebnisse zweckdienlich waren und veröffentlicht wurden.

So verweist der Bayerische Oberste Rechnungshof in seinem Bericht 2003 bei der Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechnik z. B. auf den hohen Anteil der freihändigen Vergabe und eine ganze Reihe von Verstößen gegen Vergabebestimmungen.

Ich frage die Bayerische Staatsregierung:

1. Zu welchen Themen und Fragestellungen haben die Staatskanzlei und einzelne Fachministerien seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Stoiber 1993 Berateraufträge, Analysen und Studien vergeben (ab einem Auftragsvolumen von 50.000 €)?
2. Welche Leistungen wurden von den Beratern und Gutachtern in diesem Zeitraum erbracht?
3. Welche jährlichen Ausgaben für Berater und Gutachten hat die Bayerische Staatsregierung für die Staatskanzlei und die einzelnen Fachministerien seit 1993 aufgeschlüsselt nach den einzelnen Geschäftsbereichen getätigt?
4. Wie viele Berater wurden von der Staatskanzlei oder den einzelnen Ministerien zu welchen Themen und zu welchen Preisen beauftragt?
5. Wie hoch ist der Durchschnittstagesatz der vereinbarten Beraterhonorare?
6. Wie hoch war das vereinbarte höchste Beraterhonorar?
7. Welche fünf Beraterfirmen haben – gegliedert nach Zahl der Aufträge und Beraterhonorar – seit dem Amtsantritt von Ministerpräsident Stoiber die umfangreichste Beratung der Staatsregierung geleistet und haben diese Unternehmen in diesem Zeitraum auch Beratungsleistungen für die CSU erbracht?
8. Welche Kosten hat die externe Begleitung der Privatisierungsoffensive verursacht?

Umfang, Kosten und Vergabepraxis externer Beratungen der Bayerischen Staatsregierung

II. Beiräte und Kommissionen

Auf Grund der Diskussionen um externe Beratungsleistungen für die Bundesregierung und zahlreiche Landesregierungen, ergeben sich eine ganze Reihe vergleichbarer Fragestellungen an die Bayerische Staatsregierung.

Auch sie hat sich in der Vergangenheit häufig externer Beratung, z.B. durch die Unternehmensberatung Roland Berger, bedient. So sind u. a. die Effizienz der bayerischen Staatstheater, die Organisation des Kultusministeriums und die Effizienz der Schulverwaltung durch diese Unternehmensberatung untersucht worden. Ferner hat sie an der Hightech-Offensive der Staatsregierung mitgearbeitet.

Als Kommission hat die Henzler-Kommission die Staatsregierung bei der Umsetzung ihrer Politik unterstützt. Ferner haben Beiräte, wie der Wissenschaftlich-Technische Beirat (WTB), der Industriebeirat, der Energiebeirat oder der Internetbeirat, in denen Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft – Spitzenvertreter aus Unternehmen, Verbänden, Hochschulen und Forschungseinrichtungen – Mitglieder sind, die Staatsregierung bei der strategischen Ausrichtung ihrer Politik ebenfalls unterstützt. Agenturen wie Invest in Bavaria und GotoBavaria können ergänzend genannt werden.

Wegen der offensichtlich erheblichen Größenordnung der vergebenen Beratungsleistungen stellt sich grundsätzlich die Frage, in welchem Umfang von der Bayerischen Staatsregierung, seit der Amtsübernahme von Ministerpräsident Stoiber 1994, externe Beratungen in Anspruch genommen worden sind.

Die bayerische Haushaltsordnung legt im Artikel 55 bei der Vergabe von Leistungen strenge Maßstäbe an. Deshalb ist auch die Vergabepraxis seitens der Bayerischen Staatsregierung bei der Vergabe von externen Berateraufträgen nicht nur hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften des Vergaberechts zu überprüfen. Es muss eine Offenlegung der Verträge gegenüber dem Parlament, eine effektive Kontrolle und mehr Transparenz gewährleistet werden.

Insbesondere ist offen zu legen, inwieweit Aufträge ohne Ausschreibung freihändig vergeben worden sind, in wieweit Aufgaben, die an Externe delegiert worden sind, auch mit eigenem Personal hätten bearbeitet werden können, welche Honorargrößenordnungen bewilligt worden sind, welches öffentliche Interesse vorlag und ob die Ergebnisse zweckdienlich waren und veröffentlicht wurden.

So verweist der Bayerische Oberste Rechnungshof in seinem Bericht 2003 bei der Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechnik z. B. auf den hohen Anteil der freihändigen Vergabe und eine ganze Reihe von Verstößen gegen Vergabebestimmungen.

Ich frage die Bayerische Staatsregierung:

1. Zu welchen Themen und Fragestellungen haben die Staatskanzlei und einzelne Fachministerien seit Amtsantritt von Ministerpräsident Stoiber Beiräte und Kommissionen eingesetzt und/oder von seinem Vorgänger übernommen?

2. Welche Mitglieder umfassen diese Beiräte und Kommissionen?
3. Welche Beratungsleistungen wurden von den Beiräten und Kommissionsmitgliedern in diesem Zeitraum erbracht?
4. Welche jährlichen Ausgaben für Beiräte und Kommissionen hat die Bayerische Staatsregierung für die Staatskanzlei und die einzelnen Fachministerien seit 1990 aufgeschlüsselt nach den einzelnen Geschäftsbereichen getätigt?
5. Wurden Honorare oder Aufwandsentschädigungen an einzelne Beirats- oder Kommissionsmitglieder gezahlt? Wenn ja, in welcher Höhe und für welche Projekte?
6. In welchen Fällen wurden seit 1990 externe Beratungsaufträge an Beirats- oder Kommissionsmitglieder bzw. deren Unternehmen vergeben?
7. Welche Kosten hat die Einsetzung der Henzler-Kommission verursacht?
8. Welche Kosten haben seit ihrer Gründung die beiden Agenturen Invest in Bavaria und Go to Bavaria verursacht und mit welchem Nutzen?

Umfang, Kosten und Vergabepraxis externer Beratungen der Bayerischen Staatsregierung

III. Evaluierung

Auf Grund der Diskussionen um externe Beratungsleistungen für die Bundesregierung und zahlreiche Landesregierungen, ergeben sich eine ganze Reihe vergleichbarer Fragestellungen an die Bayerische Staatsregierung.

Auch sie hat sich in der Vergangenheit häufig externer Beratung, z.B. durch die Unternehmensberatung Roland Berger, bedient. So sind u. a. die Effizienz der bayerischen Staatstheater, die Organisation des Kultusministeriums und die Effizienz der Schulverwaltung durch diese Unternehmensberatung untersucht worden. Ferner hat sie an der Hightech-Offensive der Staatsregierung mitgearbeitet.

Als Kommission hat die Henzler-Kommission die Staatsregierung bei der Umsetzung ihrer Politik unterstützt. Ferner haben Beiräte, wie der Wissenschaftlich-Technische Beirat (WTB), der Industriebeirat, der Energiebeirat oder der Internetbeirat, in denen Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft – Spitzenvertreter aus Unternehmen, Verbänden, Hochschulen und Forschungseinrichtungen – Mitglieder sind, die Staatsregierung bei der strategischen Ausrichtung ihrer Politik ebenfalls unterstützt. Agenturen wie Invest in Bavaria und Go to Bavaria können ergänzend genannt werden.

Wegen der offensichtlich erheblichen Größenordnung der vergebenen Beratungsleistungen stellt sich grundsätzlich die Frage, in welchem Umfang von der Bayerischen Staatsregierung, seit der Amtsübernahme von Ministerpräsident Stoiber 1994, externe Beratungen in Anspruch genommen worden sind.

Die bayerische Haushaltsordnung legt im Artikel 55 bei der Vergabe von Leistungen strenge Maßstäbe an. Deshalb ist auch die Vergabepraxis seitens der Bayerischen Staatsregierung bei der Vergabe von externen Berateraufträgen

nicht nur hinsichtlich der Einhaltung der Vorschriften des Vergaberechts zu überprüfen. Es muss eine Offenlegung der Verträge gegenüber dem Parlament, eine effektive Kontrolle und mehr Transparenz gewährleistet werden.

Insbesondere ist offen zu legen, inwieweit Aufträge ohne Ausschreibung freihändig vergeben worden sind, inwieweit Aufgaben, die an Externe delegiert worden sind, auch mit eigenem Personal hätten bearbeitet werden können, welche Honorargrößenordnungen bewilligt worden sind, welches öffentliche Interesse vorlag und ob die Ergebnisse zweckdienlich waren und veröffentlicht wurden.

So verweist der Bayerische Oberste Rechnungshof in seinem Bericht 2003 bei der Beschaffung von Informations- und Kommunikationstechnik z. B. auf den hohen Anteil der freihändigen Vergabe und eine ganze Reihe von Verstößen gegen Vergabebestimmungen. Ich frage die Bayerische Staatsregierung:

1. Welche Aufträge für Berater, Gutachten, Beiräte und Expertenkommissionen wurden von welchem Ressort ohne vorherige Ausschreibung vergeben?
2. Haben die Staatskanzlei und die Fachministerien die Beraterleistungen und ihre Umsetzung in regelmäßigen Abständen dokumentiert und kontrolliert? Wenn ja, sind bei diesen Dokumentationen und Kontrollen Umsetzungsergebnisse oder Mängel festgestellt und bei Mängeln entsprechende Konsequenzen gezogen worden und in welchen Fällen ist dies geschehen und in welchem Umfang sind die Kosten der Auftragsvergabe gesunken?
3. Ist vor der Vergabe jedes einzelnen Beratervertrages in den jeweiligen Ressorts intern geprüft worden, ob diese Leistungen auch durch die jeweiligen Mitarbeiter hätten erfüllt werden können und sind die entsprechenden internen Prüfungen dokumentiert worden, bzw. bei welchen Aufträgen hat eine entsprechende Prüfung nicht stattgefunden?
4. In wie vielen und welchen Fällen hat der Oberste Bayerische Rechnungshof seit Amtsantritt von Ministerpräsident Stoiber die Vergabepraxis bzw. die Kosten für externe Berater und Gutachter der Staatsregierung geprüft und mit welchem Ergebnis?
5. Hat sich das Kabinett mit Beraterverträgen und Gutachtervergaben befasst? Wenn ja, in welchen Fällen erfolgte die Vergabe durch Weisung von Kabinettsmitgliedern und wie viele Beraterverträge der Staatskanzlei und der Fachministerien waren bzw. sind Folgeaufträge und welche finanzielle Größenordnung haben diese Folgeaufträge erreicht?
6. Welche konkreten Einsparmöglichkeiten sieht die Staatsregierung bei externen Beratern, Beiräten und Kommissionen und in wie vielen und welchen Fällen wurden Ergebnisse eines Beraterprozesses nicht umgesetzt und warum nicht?
7. In wie vielen und welchen Fällen haben Beratungsunternehmen ein Projekt vorbereitet und anschließend selbst an dem zugehörigen Vergabeverfahren teilgenommen und gibt es Fälle, in denen ein Beratungsunternehmen ein Projekt vorbereitet hat und anschließend auch mit der Durchführung des Projektes betraut wurde?
8. In wie vielen Fällen, in welchen Fällen und in welchem Umfang haben sich die Kosten für externe Berater und Gutachter nach Auftragsvergabe um mehr als 5 % erhöht und wie begründet die Staatsregierung solche nachträglichen Kostensteigerungen?

Schriftliche Anfrage

vom 15. Januar 2004

des Abgeordneten **Dr. Martin Runge, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Externe Beratung der Staatsregierung

Wie die Bundesregierung und andere Landesregierungen vergibt auch die Bayerische Staatsregierung Gutachten nach außen und bedient sich externer Berater und so genannter Expertenkommissionen. In diesem Zusammenhang bitte ich um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Gutachten, Studien und Berichte wurden in der 13. und 14. Legislaturperiode von der Staatsregierung in Auftrag gegeben (Antwort bitte gegliedert nach Titel/Gegenstand, Auftragnehmer, vergebendes Ministerium/Staatskanzlei)?
2. Wie hoch waren jeweils die Kosten der zu Frage 1 zu nennenden Gutachten/Studien/Berichte (Honorare, Nebenkosten wie Spesen und Veröffentlichungskosten)?
3. Auf welcher Grundlage wurden die zu Frage 1 zu nennenden Arbeiten jeweils vergeben, gab es öffentliche oder beschränkt öffentliche Ausschreibungen oder wurde freihändig vergeben, in welchen Fällen wurde der Bayerische Landtag vor Auftragsvergabe informiert?
4. Welcher Expertenkommissionen bzw. sonstiger Beratungsgremien wie des Wissenschaftlich-Technischen Beirates, bediente sich die Bayerische Staatsregierung in der 13. und 14. Legislaturperiode und welche Kosten fielen hierfür an?
5. Welche der o.g. Gutachten, Studien und Berichte bzw. welche Ergebnisse der o.g. Beratungsgremien wurden auf Initiative der Staatsregierung im Bayerischen Landtag diskutiert?
6. Welche der o.g. Gutachten, Studien und Berichte einschließlich der Arbeiten o.g. Beratungsgremien führte in ihren Ergebnissen zu einem nach Ansicht der Staatsregierung signifikanten Umsteuern im Verwaltungshandeln, zu Änderungen in der Verwaltungsorganisation bzw. zur Vorlage von Gesetzesentwürfen durch die Bayerische Staatsregierung?
7. Welche Gutachten/Studien/Berichte wurden in der 13. und 14. Legislaturperiode von Unternehmen, an denen der Freistaat beteiligt ist (einschließlich der direkten Beteiligungen der LfA wie z.B. Bayern Kapital oder Bayern Innovativ), nach außen vergeben und welche Kosten fielen hierfür an?
8. Wurden in der 15. Legislaturperiode bereits Gutachten/Berichte/Studien von der Staatsregierung nach außen vergeben, bzw. ist die Vergabe derartiger Arbeiten konkret geplant und wenn ja, zu welchen Themen?

Externe Beratung der Staatsregierung II

Konfrontiert mit den Anfragen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD zur externen Beratung der Staatsregierung bezifferte Staatsminister Erwin Huber das diesbezügliche Auftragsvolumen auf „ein bis zwei Millionen Euro im Jahr“, erhoben in einer „Blitzumfrage“. In diesem Betrag seien laut Huber „technische Projektaufträge“ nicht enthalten. Gerade zu letztgenannter Kategorie gibt es jedoch Aufträge, die die o.g. Auftragssumme einzeln erreichen. Auch sind zahlreiche „PR-Aufträge“ bekannt, deren Gesamtvolumen allein schon an die von Minister Huber genannte Summe heranreichen müsste. Deshalb bitte ich im Nachgang zu unserer Anfrage vom 15.01.04 um Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Gutachten, Studien und Berichte, die die Staatsregierung zu „technischen Projektaufträgen“ zählt, wurden von der Staatsregierung und von Unternehmen und sonstigen Einrichtungen, an denen der Freistaat beteiligt ist, während der 13., 14. und jetzt in der 15. Legislaturperiode in Auftrag gegeben, wie hoch waren jeweils die Gesamtkosten und auf welchen vergaberechtlichen Grundlagen wurde jeweils der Auftrag vergeben (Antwort bitte gegliedert nach Titel/Gegenstand, Auftragnehmer, vergebende(s) Ministerium/Staatskanzlei bzw. Unternehmen/Einrichtung)?
2. Welche „PR-Aufträge“ wie etwa die jetzige Werbekampagne „Sparen, Reformieren, Investieren“ oder die Öffentlichkeitsmaßnahmen zum IJF 2001 wurden von der Staatsregierung und von Unternehmen und sonstigen Einrichtungen, an denen der Freistaat beteiligt ist, während der 13., 14. und jetzt in der 15. Legislaturperiode vergeben, wie hoch waren jeweils die Gesamtkosten und auf welchen vergaberechtlichen Grundlagen wurde jeweils der Auftrag vergeben (Antwort bitte gegliedert nach Titel/Gegenstand, Auftragnehmer, vergebende(s) Ministerium/Staatskanzlei bzw. Unternehmen/Einrichtung und nach Maßnahmen für „Marketing und Werbung“ und „Veranstaltungen und Events“)?
3. Welche externen Beratungen, einschließlich „technischer Projektaufträge“ und „PR-Maßnahmen“ fielen an im Zusammenhang mit dem 250-Millionen-Euroauftrag „Neustrukturierung der Kommunikationsplattform für Bayerische Behörden“, der Januar 2003 an BT Ignite und Vodafone vergeben wurde (vor und seit der Vergabe, gegliedert nach den Bereichen/Lösen Mobilfunk, Sprachenfestnetz, Internet und Datenkommunikation)?
4. In wie vielen Fällen monierte der ORH Vermischungen von „Auftragsvergabe, Auftragserledigung und Erfolgskontrolle“, wie beispielsweise bei „top elf“, wie häufig fielen der Staatsregierung bzw. der Ministerialbürokratie solche Fälle selber auf?
5. Bei wie vielen von der Staatsregierung initiierten und/oder mit öffentlichen Geldern geförderten/finanzierten Projekten flossen mehr als 30 Prozent der Gesamtausgaben in externe Beratung und Öffentlichkeit (bei „top elf“ z.B. 5,8 Mio. DM von 13,7 Mio. DM!).

6. Welche Konsequenzen zieht die Staatsregierung, wenn, wie in mehreren Fällen geschehen, gravierende Mängel wie auffällige Vergabeverstöße, unzulässige Einschränkungen des Wettbewerbs oder sogar das Fehlen von Dokumentationen zur Auftragsvergabe festgestellt werden?
7. Bei wie vielen öffentlich und beschränkt-öffentlichen Ausschreibungen/Auftragsvergaben betrug die Zeitspanne ab Veröffentlichung für Abholen und Sichtung der Ausschreibungsunterlagen und Verfassen und Abgabe eines Angebotes weniger als 15 Arbeitstage?

Antwort

Bayerische Staatskanzlei

Grundsätzliches:

Professionelle Beratung durch kompetente Externe hat in den vergangenen Jahren stetig an Bedeutung gewonnen. Dies gilt für die Verwaltung ebenso wie für die Wirtschaft und die Politik. Die Durchleuchtung bestimmter Bereiche in regelmäßigen Abständen, eine Evaluierung von Projekten, ein spezielles Controlling in ausgewählten Segmenten, die Erstellung von Gutachten zur Meinungsfindung – all dies zählt mittlerweile national und international zum allgemein anerkannten Standard einer modernen Verwaltungsführung. Es ist unbestritten, dass die Inanspruchnahme von externem Sachverstand ein wichtiges Mittel zur Effizienzsteigerung ist. Auch die Bundesregierung hat in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 4.2.2004 (BT-Drs. 15/2458) ausführlich dargelegt, dass die Möglichkeit zur Heranziehung von Experten heute von allen Bereichen der öffentlichen Hand genutzt wird.

Eine maßvolle Heranziehung externen Sachverstandes, wie es im Freistaat Bayern üblich ist, entspricht im Übrigen dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit, der in Art. 7 der Bayerischen Haushaltsordnung (BayHO) verankert ist. Die relativ geringen Summen, die der Freistaat Bayern für Beratungsleistungen in den vergangenen Jahren aufgewendet hat, haben sich mehr als amortisiert. Sie sind Grundlage für zahlreiche kleinere und größere Effizienzverbesserungen und Reformvorhaben geworden.

Zum Verfahren:

Die Fragesteller wollen Auskunft über einen Zeitraum, der sich über die gesamte 13. und 14. Legislaturperiode sowie den Beginn der 15. Legislaturperiode erstreckt. Teilweise beziehen sich die Fragesteller auf noch weiter zurückliegende Jahre (Nr. 6 der Anfrage von MdL Radermacher).

Die Staatsregierung trägt dem Informationsrecht des Parlaments soweit als möglich Rechnung. Es wurde deshalb eine umfangreiche Recherche in allen Ressorts durchgeführt. Die insgesamt 31 Fragen haben einen erheblichen Verwaltungsaufwand verursacht. Das Ergebnis der Umfrage ist anliegend zusammengestellt.

Darin sind allerdings Zeiträume vor Beginn der 14. Legislaturperiode, d. h. vor dem 28.9.1998 nicht enthalten. Die Umfrageergebnisse haben gezeigt, dass eine exakte Auflistung von Berateraufträgen aus Zeiträumen vor der 14. Legislaturperiode nicht mehr möglich ist. Die Aufbewahrungsfrist für Kassenbelege beträgt nur 5 Jahre. In vielen Ressorts sind

die Unterlagen daher bereits vernichtet worden. In anderen Fällen sind sie ins Staatsarchiv überführt worden. Eine Beantwortung der Anfragen bis zurück zur 13. oder gar 12. Legislaturperiode ist daher nicht mehr möglich.

Dies spricht auch gegen eine nur rudimentäre Darstellung einzelner Punkte. Hinzu kommt, dass Gründe, die erkennen ließen, welches öffentliche Interesse an einer Aufklärung von Sachverhalten aus der Zeit vor dem 28.9.1998 besteht, nicht vorgetragen wurden. Solche Gründe sind auch nicht ersichtlich. Da die Kontrolle der Exekutive durch das Parlament keinen Selbstzweck darstellt, muss aber ein nachvollziehbarer Zusammenhang zwischen dem Informations- und Kontrollwunsch und der aus dem Kontrollergebnis resultierenden politischen Reaktionsmöglichkeit bestehen (vergl. VerfGH 54, 62 ff).

Die Antworten zu den Anfragen sind soweit möglich zusammengefasst worden und ergeben sich aus den sechs Anlagen.

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Franz Maget**

vom 26. Januar 2004

Zu 1.:

Es wird auf die Antwort der Bayerischen Staatsregierung auf die schriftliche Anfrage von MdL Dr. Martin Runge (Frage 1) verwiesen. Dort sind alle einschlägigen Aufträge mit einem Volumen von über 25.000 € aufgelistet.

Zu 2.:

Der Zweck der Beratungsaufträge ist jeweils in Spalte 2 der Tabelle zur Beantwortung der Frage 1 von MdL Dr. Martin Runge dargestellt.

Zu 3.:

Die jährlichen Kosten für Gutachten, Studien und Berichte ab der 14. Legislaturperiode sind in der Antwort zu Frage 2 von MdL Dr. Martin Runge aufgeführt. Soweit bei Kommissionen, Beiräten etc. Ausgaben angefallen sind, sind sie jeweils bei dem entsprechenden Gremium in der Antwort zur Frage 4 von MdL Dr. Martin Runge genannt.

Zu 4.:

Es wird auf die Antwort zu den Fragen 1 – 4 von MdL Dr. Martin Runge verwiesen.

Zu 5.:

Üblicherweise wird für einen Auftrag ein Festpreis ausgehandelt, weil dies wirtschaftlicher ist. Nur in ganz wenigen Fällen werden Verträge mit Tagessätzen vereinbart. Ein repräsentativer Durchschnittstagesatz lässt sich daher nicht ermitteln.

Zu 6.:

Es wurde ein Rahmenvertrag mit einem maximalen Volumen von 9,536 Mio. € abgeschlossen. Inwieweit der Rahmen ausgeschöpft werden wird, ist derzeit nicht absehbar. Bislang wurden 2,4 Mio. € ausgegeben.

Zu 7.:

Für die 210 Gutachten, Studien und Berichte, die in der Antwort zu Frage 1 von MdL Dr. Martin Runge dargestellt wurden, hat die Staatsregierung 133 verschiedene externe Berater beauftragt. Davon waren 12 Universitäten oder Fachhochschulen (einschl. TUM-Tech und FGN e.V. an der LMU). Zuweilen wurden Arbeitsgruppen aus mehreren Beratern gebildet, so dass für einen Auftrag verschiedene Firmen/Institute tätig wurden. In zwei Fällen hat die Staatsregierung für einen bestimmten Zweck eigens Kommissionen aus Experten zusammengestellt.

Auf Grund der Fülle unterschiedlicher Berater gibt es nur wenige Institutionen, die in der 14. Legislaturperiode mehrfach beauftragt wurden. Die weit überwiegende Zahl der Berater ist nur einmal in der vergangenen Legislaturperiode engagiert worden.

Am häufigsten wurden beauftragt:

- Technische Universität München einschließlich TUM-Tech: 11 Aufträge
- CSC Ploenzke: 8 Aufträge
- Ludwig-Maximilians-Universität München einschließlich FGM-Fördergesellschaft Marketing e.V. an der LMU München: 7 Aufträge
- Europäisches Entwicklungszentrum für Binnen- und Küstenschifffahrt (Duisburg): 7 Aufträge
- Planungsgruppe Trias (Augsburg): 7 Aufträge (jeweils zusammen mit anderen Beratern)

Zur Frage nach den Honoraren wird auf die Antwort zu Ziffer 2 der Anfrage von MdL Dr. Runge verwiesen.

Zu 8.:

Vorbemerkung:

Bei der Begleitung der Hightech-Offensive Bayern handelt es sich nicht um Politikberatung, sondern um Teilauswertungen, Voruntersuchungen etc. Für diese Dienstleistungen wurde ein Gesamtauftrag für die 7 Regionalkonzepte im Rahmen der Hightech-Offensive sowie 5 Verträge an unterschiedliche Beratungsunternehmen durch die Bayerische Forschungsstiftung vergeben. Die Begleitung der Hightech-Offensive entsprach einem mit dem Haushaltsausschuss des Bayer. Landtags abgestimmten Vorgehen. Darüber wurde in diesem Ausschuss mehrfach berichtet.

Die Gesamtaufwendungen beliefen sich auf 3.605.909 €.

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Karin Radermacher**

vom 26. Januar 2004

Zu 2.:

Es wird auf die Antwort zu Frage 4 von MdL Dr. Martin Runge verwiesen.

Zu 2.:

1. Industriebeirat

Bereich/Funktion	Person
EADS, MÜNCHEN	DR. MANFRED BISCHOFF
DIEHL GMBH & CO., NÜRNBERG	DIPL.-ING. THOMAS DIEHL
INDUSTRIE-UND HANDELSKAMMERTAG, MÜNCHEN	DR. CLAUDIUS HIPPEL
EBERHARD VON KUENHEIM STIFTUNG, MÜNCHEN	DR.-ING. E.H. EBERHARD VON KUENHEIM PROF. DR. JOHANNES KOHL
LEISTRITZ AG, NÜRNBERG	DIPL.-ING. HELMUT SCHAAK
BAYERISCHE PAPIERFABRIKEN E.V., MÜNCHEN	DR. MANFRED SCHOLZ
MASCHINENFABRIK SENNEBOGEN GMBH, STRAUBING	ERICH SENNEBOGEN
ZEUNA STÄRKER GMBH & CO. KG, AUGSBURG	DIPL.-KFM. HUBERT STÄRKER
LEONISCHE DRAHTWERKE AG, NÜRNBERG	DIPL.-ING. ERNST THOMA
W. MARKGRAF GMBH & CO. KG, BAYREUTH	SENATOR E.H. DIPL.-ING., DR.-ING. E.H. GERHARD MARKGRAF
MEGGLE GMBH, WASSERBURG	JOSEF ANTON MEGGLE
SIEMENS AG, MÜNCHEN	DR. HEINRICH VON PIERER
MAN AG, MÜNCHEN	DIPL.-ING., DIPL.-W.-ING. RUDOLF RUPPRECHT
VLIESTOFFWERK CHRISTIAN HEINRICH SANDLER GMBH & CO. KG, SCHWARZENBACH A.D. SAALE	DIPL.-KFM. CHRISTIAN HEINRICH SANDLER

2. Energiebeirat

Bereich/Funktion	Person
ARBEITSGEMEINSCHAFT DER BAYERISCHEN HANDWERKSKAMMERN	MICHAEL BLAU
BAYERISCHER BAUERNVERBAND	FRANZ VIELHUBER
BAYERISCHER BRENNSTOFF- UND MINERALÖLHANDELSVERBAND E.V.	MANFRED MEIER
BAYERISCHER GEMEINDETAG	DR. ERWIN KNAPEK
BAYERISCHER INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERTAG (IHKT)	DR.-ING. ROBERT SCHMIDT
BAYERISCHER LANDTAG	ADOLF BECK, MdL a.D.
BAYERISCHER LANDTAG	HENNING KAUL, MdL
BAYERISCHER LANDTAG	LUDWIG WÖRNER, MdL
BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN	MR HEINRICH RINDERLE
OBERSTE BAUBEHÖRDE IM BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUM DES INNERN	MR RUDOLF ERBER
BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	MANFRED PUSCH
BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ	DR. EBERHARD WINKLER
BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR, VERKEHR UND TECHNOLOGIE	DR. HERBERT RÜTH
BAYERISCHER STÄDTETAG	ANDREAS KNIE
BUNDESVERBAND MITTELSTÄNDISCHER MINERALÖLUNTERNEHMEN E.V.	ALEXANDER MAIER
BUND NATURSCHUTZ IN BAYERN E.V.	SEBASTIAN SCHÖNAUER
DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND LANDESBEZIRK BAYERN	CHRISTIANE VOIGT
MINERALÖLWIRTSCHAFTSVERBAND E.V.	HELMUT BARTSCH
VERBAND BAYERISCHER ELEKTRIZITÄTSWERKE E.V.	ULRICH KÜHNLE
VERBAND BAYERISCHER ELEKTRIZITÄTSWERKE E.V.	DR. ALBRECHT SCHLEICH

VERBAND DER BAYERISCHEN GAS- UND WASSERWIRTSCHAFT E.V.	DR. ULRICH MÖSSNER
VERBAND DER BAYERISCHEN GAS- UND WASSERWIRTSCHAFT E.V.	JÖRN-HELGE MÖLLER
VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN E.V. LANDESGRUPPE BAYERN	ERICH GROSS
VERBRAUCHERZENTRALE BAYERN E.V.	HANNELORE EGGER
VEREINIGUNG DER BAYERISCHEN WIRTSCHAFT	ALBERT UWE SCHÖN
VEREINIGTE DIENSTLEISTUNGS-GEWERKSCHAFT E.V. – LANDESBEZIRK BAYERN	JÜRGEN FEUCHTMANN
VIK VERBAND DER INDUSTRIELLEN ENERGIE- UND KRAFTWERKTECHNIK E.V.	DR. ALFRED RICHMANN
LEHRSTUHL FÜR ENERGIEWIRTSCHAFT UND ANWENDUNGSTECHNIK DER UNIVERSITÄT MÜNCHEN	PROF. DR.-ING. ULRICH WAGNER
UNABHÄNGIGER SACHVERSTÄNDIGER (PRÄSIDENT I.R. DES IFO-INSTITUTS FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG)	PROF. DR. KARL OPPENLÄNDER

3. Beirat des Bayerischen Energie-Forums

Bereich/Funktion	Person
BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR, VERKEHR UND TECHNOLOGIE	STAATSSSEKRETÄR HANS SPITZNER
BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, INFRASTRUKTUR, VERKEHR UND TECHNOLOGIE	DR. HERBERT RÜTH
UNION BERATENDER INGENIEURE U.B.I.	ING. ERWIN BINEGGER
VERBAND BERATENDER INGENIEURE E.V., LANDESVERBAND BAYERN	DR.-ING. WERNER JENSCH
BAYERISCHE ARCHITEKTENKAMMER	PROF. DIPL.-ING. PETER KAUP
MESSE MÜNCHEN GMBH	DIPL.-ING. (FH) ROLF LUDWIG SCHÖN
MAGNET MOTOR GMBH, STARNBERG	DR.-ING. E.H. DIPL.-PHYS. GÖTZ HEIDELBERG
SUNSET-ENERGIETECHNIK GMBH, ADELSDORF; DFS	OLAF FLECK
SENERTEC GMBH, SCHWEINFURT	KARL P. KIESSLING
SIEMENS SOLAR GMBH, MÜNCHEN	GERNOT J. OSWALD
FACHVERBAND SHK BAYERN, MÜNCHEN	LANDESINNUNGSMEISTER WERNER OBERMEIER
STADT INGOLSTADT	OBERBÜRGERMEISTER DR. ALFRED LEHMANN
GEMEINDE UNTERHACHING	BÜRGERMEISTER DR. ERWIN KNAPEK
BAYERISCHE LANDESBAUSPARKASSE LBS	MANFRED WERNER
E.ON BAYERN, REGENSBURG	DIPL.-ING. HERMANN WAGENHÄUSER
RUHRGAS, ESSEN	PROF. DR. CHRISTIAN BECKERVORDER-SANDFORTH
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTL. ÖLHEIZUNGEN E.V., HAMBURG	DR. RER. POL. JÜRGEN SCHMID
EWAG, NÜRNBERG	EHEM. VORSTAND GÜNTER MAX MEIER
TUM, FORSCHUNGSSTELLE FÜR ENERGIEWIRTSCHAFT	PROF. DR.-ING. ULRICH WAGNER
UNIVERSITÄT ERLANGEN-NÜRNBERG, ZAE	PROF. DR. MAX SCHULZ
TUM WEIHENSTEPHAN	PROF. DR.-ING. ROLAND MEYER-PITTRUFF
LANDRATSAMT ROTTAL-INN, ROTTALER SONNENWENDE	ANTON OBER

4. Energiedialog

Bereich/Funktion	Person
ARBEITSGEMEINSCHAFT DER BAYERISCHEN HANDWERKSKAMMERN	MICHAEL BLAU
ARBEITSGEMEINSCHAFT DER BAYERISCHEN INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERN	DR. CARLOS NÄHLE
BAYERISCHER BAUERNVERBAND	FRANZ VIELHUBER
BAYERISCHER BRENNSTOFF- UND MINERAL-ÖLHANDELSVERBAND E.V.	MANFRED MEIER
BAYERISCHER GEMEINDETAG	GERHARD LANDGRAF, DR. ERWIN KNAPEK
BAYERISCHER JUGENDRING	GERHARD ENGEL
BAYERISCHER LANDTAG	ADOLF BECK, MDL a.D.
BAYERISCHER LANDTAG	HENNING KAUL, MDL
BAYERISCHER LANDTAG	RUTH PAULIG, MDL
BAYERISCHER LANDTAG	LUDWIG WÖRNER, MDL
BAYERISCHER STÄDTETAG	ANDREAS KNIE
BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN	MR HEINRICH RINDERLE
BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM DES INNERN	MR HERMANN GEYER
BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR LANDWIRTSCHAFT UND FORSTEN	MANFRED PUSCH
BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR LANDESENTWICKLUNG UND UMWELTFRAGEN	PROF. DR. RUDOLF WÖRLE
BAYERISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT, VERKEHR UND TECHNOLOGIE	DR. HERBERT RÜTH
BUND NATURSCHUTZ IN BAYERN E.V.	DR. LUDWIG TRAUTMANN-POPP
BUNDESVERBAND DER ENERGIEABNEHMER E.V.	MANFRED PANITZ
BUNDESVERBAND MITTELSTÄNDISCHER MINERALÖL-UNTERNEHMEN E.V.	ALEXANDER MAIER
BUNDESVERBAND SOLARENERGIE E.V.	UDO MÖHRSTEDT
DEUTSCHER GEWERKSCHAFTSBUND LANDESBEZIRK BAYERN	CHRISTIANE VOIGT
ERZBISCHÖFLICHES ORDINARIAT MÜNCHEN	GOTTHARD DOBMEIER
EVANG.-LUTH. KIRCHE IN BAYERN	DR. ROGER J. BUSCH
MINERALÖLWIRTSCHAFTSVERBAND E.V.	VOLKER WOYKE
UNABHÄNGIGER SACHVERSTÄNDIGER	PROF. DR. KARL OPPENLÄNDER
UNABHÄNGIGER SACHVERSTÄNDIGER	PROF. DR. HELMUT SCHAEFER
VERBAND BAYERISCHER ELEKTRIZITÄTWERKE E.V.	WERNER JULING, DR. WERNER SÜSS
VERBAND DER BAYERISCHEN GAS- UND WASSERWIRTSCHAFT E.V.	DR. ULRICH MÖSSNER
VERBAND DER INDUSTRIELLEN ENERGIE- UND KRAFTWERKTECHNIK E.V. VIK	DR. HANS-JÜRGEN BUDDE, DR. ALFRED RICHMANN
VERBAND KOMMUNALER UNTERNEHMEN E.V. LANDESGRUPPE BAYERN	ERICH GROSS, DR. MAXIMILIAN QUANTE
VERBRAUCHERZENTRALE BAYERN E.V.	GERTRAUD FRITSCHER
VEREINIGUNG DER BAYERISCHEN WIRTSCHAFT	DR. HELMUT LAST
VERKEHR	DETLEF FRANK
WIRTSCHAFTSBEIRAT DER UNION	DR. EGON HOFFMANN

5. Beirat externer Berater (IuK)

Bereich/Funktion	Name
Institut für Informatik der TU München und Bayer. Forschungszentrum für Wissensbasierte Systeme (FORWISS)	Prof. R. Bayer Ph.D.
Vorsitzender des Verwaltungsrats der Anstalt für kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB)	Landrat a.D. Hermann Beham

Vorsitzender der Gesellschafterversammlung, Süddeutscher Verlag	Hanns-Jörg Dürrmeier
Präsident des Landesverbandes Bayern der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie e.V.	Albert Geyer
Institut für Informatik der Universität München	Prof. Dr. Heinz-Gerd Hegering
TU München, Fachgebiet Verkehrstechnik und Verkehrsplanung	Prof. Dr. Hartmut Keller
Vorstandssprecher der Bayer. Hypotheken- und Wechsel-Bank AG	Dr. Eberhard Martini
Direktor des Instituts für Rundfunktechnik	Prof. Dr.-Ing. Ulrich Messerschmid
Stv. Vorsitzender des Vorstands der Siemens Nixdorf Informationssysteme AG	Dr. Horst Nasko
Mitglied des Vorstands der Allianz Versicherungs AG	Heinz Prokop
Präsident der Bayer. Landeszentrale für Neue Medien	Prof. Dr. Wolf-Dieter Ring
Lehrstuhl für Integrierte Schaltungen der TU München und Leiter des Fraunhofer-Instituts für Festkörpertechnologie (FhG-IFT)	Prof. Dr.-Ing. Ingolf Ruge
Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes	Fritz Schösser
Vorstandsvorsitzender der DATEV e.G.	Dipl.-Volkswirt Dr. Heinz Sebiger
Präsident des Bayerischen Bauernverbandes	Gerd Sonnleitner
Präsident des Bayerischen Handwerks e.V.	Walter Stoy
Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Industrie- und Handelskammern	Prof. Dr. Wilhelm Wimmer
Institut für Organisation der LMU München	Prof. Dr. Witte

6. Internetbeirat

Bereich/Funktion	Name
TU München	Broy, Prof. Dr. Manfred
Ciao.Com AG	Cartellieri, Maximilian, Vorstandsvorsitzender
Conrad Electronic GmbH	Conrad, Dr. Werner, Vorsitzender der Geschäftsleitung
IHK für Unterfranken	Freitag, Dipl.-Ing. Oliver
bol Behörden Online GmbH	Göttlinger, Adalbert, Geschäftsführer
O2 GmbH & Co. OHG (VIAG Interkom GmbH & Co)	Gröger, Rudolf
Loewe Opta GmbH	Hecker, Dr. Rainer, Vorsitzender der Geschäftsführung
Förderkreis Internet-Wirtschaft München e. V.	Held, Otto A.
Universität Passau	Kleinschmidt, Prof. Dr. Peter
Strategieberatung	Kunkel, Dr. Rolf
Mercateo.com AG	Ledermann, Peter, Vorstand
Ministerialbeauftragter für die Realschulen in Niederbayern	Loibl, Günther
DCI AG	Mohr, Michael, Vorstandsvorsitzender
hotel.de AG	Morschheuser, Dr. Stephan, Vorstand
Verlag Hans Müller GmbH & Co. KG	Oschmann, Michael, Geschäftsführer
Cap Gemini Telecom Media & Networks Deutschland GmbH	Rauchfuß, Frank
ArztPartner AG	Rittweger, Dr. Roman, Vorstandsvorsitzender
BITKOM	Rohleder, Dr. Bernhard, Hauptgeschäftsführer
Dell Computer GmbH	Schädel, Mathias, Vice President Central Europe
Burda Digital GmbH	Schmetz, Jean P., Geschäftsführer
ConSors Discount-Broker AG	Schmidt, Karl Matthäus, Vorstandsvorsitzender
Frauencomputerschule	Semmert, Petra
CSU-Medienkommission	Söder, Dr. Markus, MdL
NCP Engineering	Söll, Peter, Geschäftsführer

7. Arbeitskreis eGovernment des Internetbeirats

Bereich/Funktion	Name
SBS	Dr. Kunkel
SBS	T. Buhl
Universität Passau	Prof. Dr. Kleinschmidt
Accenture	St. Schneider
bol	K. Simons
Bayer. Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten	R. Bachfischer
Public Gate	C. Fritz
VMB	A. Pichlmeier
DCI	W. Mohr
VMP	B. Axmann
Public Gate	C. Fritz
bol	A. Göttlinger
FK.J.W.	P. Gruban
SBS	D. Hofmann
Accenture	U. Langer
T-Systems	S. Kondmann
MB für Realschulen	G. Loibl

8. Arbeitskreis eSecurity des Internetbeirats

Bereich/Funktion	Name
SignCard	Dr. H. Ahrens
Universität Würzburg	A. Gabriel
KoSiB	S. Haase
Ernst & Young	A. Itzrodt
Technische Universität München	J. Jürjens
KoSiB	F.-J. Lang
O2	U. Leinemann
Accenture	J. Lottermoser
Secartis	K. Maier
Guardeon Solutions	H. Nebel
Universität Passau	Dr. C. Rank
SBS	M. Reichherzer
T-Systems Nova	K. Wolfenstetter

9. Electronic Sourcing Forum (esf):

Aufgrund der großen Anzahl an Mitgliedern im esf und den daraus resultierenden wechselnden Vertretern, die die Firmen entsenden, kann nur eine Liste der beteiligten Firmen/Interessenvertretern übermittelt werden:

Firma/Institution
Aeonic Communications AG
Agathon NetAffair Com
Avacomm GmbH
Bayer. Landesbank
Bayer. Staatsministerium der Finanzen
Bayer. Staatsministerium des Innern
Bayer. Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
Bayer. Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst
Bayerische Staatskanzlei
Bayerische Staatszeitung

Behörden Online (bol) GmbH
c/o RAE Heulikng Kühn Lüer Heussen Wojtek
Cisco Systems GmbH
Compaq Computer GmbH
CSC Ploenzke AG
DCI - Database for Commerce and Industry AG
Deutsche Post AG
Deutsche Telekom AG
e:consult GmbH
Euro-Log GmbH
F.A.S.T. e.V.
Fachhochschule Würzburg FB IKV – Wirtschaftsinformatik
Financial Global Network Wertpapierhandels & Beteiligungs AG
Friedr. - Alexander – Universität, Erlangen - Nürnberg
GeBE Computer & Peripherie GmbH
HEALY HUDSON AG
i2 Technologies GmbH
IBM Deutschland GmbH
ILV Inst. f. Logistik und Verkehrsmanagement
inition consulting services GmbH
International Marketing
Interway AG
IOM Beratung
iZB Soft GmbH & Co. KG
Kabel e:consult GmbH
Kanzlei Sommer
Konzept PR GmbH - Agentur für Public Relations
Landesverband des Bayer. Einzelhandels
Landesverband Groß- u. Außenhandel
Landratsamt Straubing-Bogen
Lehrstuhl f. Logistik
LfA Kreditbearbeitung
LMU München / LSt. Prof. Picot
McKinsey & Company Inc.
mp-report, management- und medienpraxis
Nürnberger Messe GmbH
Oracle Deutschland GmbH
Prognos & Simma
SAP AG
secunet Security Networks AG
Siemens Business Services GmbH & Co. OHG
Siemens Venture Capital GmbH
Staatsanzeiger Online Logistik
TUM, LSt. Broy / 4 Soft GmbH
Universität der Bundeswehr München
WIP Wittner & Partner GbR
Zentrum Elektronischer Geschäftsverkehr Oberbayern – ZEGO
preis24.com AG

10. Auswahlgremium LEADER+

Bereich/Funktion	Name
Bayer. Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten	LMR Dr. Köpfer
Bayer. Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz	MR Sedlmayer
Bayer. Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	MR Ehelechner
Technische Universität München, Lehrstuhl für Bodenordnung und Landentwicklung	Prof. Dr. Magel
Universität Bayreuth	Prof. Dr. Maier
Universität Passau	Altkanzler Dr. Karl August Friedrichs
Ehemalige Landesbäuerin des Bayer. Bauernverbandes	Frau Siegel
Sprecher der Landschaftspflegeverbände in Bayern	Dipl.-Ing. Blümlhuber
Geschäftsführer der Euregio Bayerischer Wald/Böhmerwald	Herr Sammer

11. ExpertInnengruppe zur Entwicklung von Förderinstrumenten für bürgerschaftliches Engagement in Bayern

Bereich/Funktion	Name
Institut für Psychologie der Universität München	Prof. Dr. Heiner Keupp
Fachhochschule München	Prof. Dr. Susanne Elsen
Münchner Projektgruppe für Sozialforschung, Sachverständiger der Enquetekommission des Dt. Bundestags	PD Dr. Gerd Mutz
Verbund zur Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement e.V.	Jutta Oxen
Bürgermeister von Weyarn	Michael Pelzer
Haus der Begegnung Mühldorf a. Inn, Sprecher der Selbsthilfekontaktstellen in Bayern	Dipl.-Päd. Jochen Peters
Institut für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA), Nürnberg	Dr. Thomas Rübke
Institut für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA), Nürnberg	Susanna Schüssler
Institut für Praxisforschung und Projektberatung (IPP), München	Florian Straus

12. Landesbeirat für Familienfragen

Eine konkrete Personenangabe ist nicht möglich, da die Mitglieder ständig wechseln.

Die Mitglieder setzen sich zusammen aus:

- dem Bayer. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen (oder einem Beauftragten)
- dem ersten Vorsitzenden des Deutschen Familienverbandes, Landesverband Bayern e.V. und einem festen Vertreter des Vorsitzenden
- dem ersten Vorsitzenden der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Familienfragen, Landesarbeitskreis Bayern und einem festen Vertreter des Landesvorsitzenden
- dem ersten Vorsitzenden des Familienbundes der Katholiken, Landesverband Bayern und einem festen Vertreter des Landesvorsitzenden – dem Vertreter der Familienverbände im Bayerischen Rundfunkrat
- dem Vertreter der Familienverbände im Medienrat der Bayer. Landeszentrale für neue Medien
- dem Vertreter der Familienverbände im Bayer. Landesfrauenausschuss
- je drei weiteren Mitgliedern der genannten Familienverbände.

13. Wissenschaftlich-Technischer Beirat der Bayerischen Staatsregierung

Bereich/Funktion	Name
Ehem. Chairman McKinsey & Company Europe, München	Prof. Dr. Herbert Henzler
Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen (IIS-B), Lehrstuhl für Informationstechnik der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg	Prof. Dr.-Ing. Heinz Gerhäuser
Mitglied des Vorstands der BMW AG (Entwicklung), München	Prof. Dr. Burkhard Göschel
Vorsitzender der Geschäftsführung/CEO der O2 (Germany) GmbH & Co. OHG, München	Dipl.-Ing. Rudolf Gröger
Rektor der Ludwig-Maximilians-Universität, München	Prof. Dr. Bernd Huber
Lehrstuhl für Experimentalphysik IV, Universität Bayreuth	Prof. Dr. Jürgen Köhler

Lehrstuhl für Immunologie, Universität Regensburg	Prof. Dr. Daniela Männel
Mitglied des Vorstands der IWKA Aktiengesellschaft, Karlsruhe	Prof. Dr.-Ing. Gunther Reinhart
Vorsitzender des Vorstands der Linde AG, Wiesbaden	Dr.-Ing. Wolfgang Reitzle
Lehrstuhl für Werkstoffkunde und Technologie der Metalle, Friedrich-Alexander-Universität, Erlangen-Nürnberg	Prof. Dr.-Ing. Robert Singer
Mitglied des Vorstands der Siemens AG (Corporate Technology)	Prof. Dr. phil. Dr.-Ing. E.h. Claus Weyrich
Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), Bonn	Prof. Dr. Ernst-Ludwig Winnacker

14. Software Forum Bayern e.V.

Bereich/Funktion	Name
Symantec GmbH, Vice President & General Manager Central European Region	Hans-Peter Bauer
Microsoft Deutschland GmbH, Geschäftsführer Enterprise and Partner Group	Ingo Blunck
Softlab GmbH, Vorsitzender der Geschäftsleitung	Peter Broicher
Siemens Business Services GmbH & Co OHG, Sprecher der Geschäftsleitung Deutschland	Jürgen Frischmuth
Bayerische Landesbank, Mitglied des Vorstands	Dr. Rudolf Hanisch
DATEV eG, Referent des Vorstandsvorsitzenden	Dr. Michael Hau
DATEV eG, Vorsitzender des Vorstands	Dipl.-Kfm. Dieter Kempf
Giesecke & Devrient GmbH, Direktor Appropriations	Matthias Köhler
Andreas Schmid Internationale Spedition GmbH & Co. KG, Aufsichtsratsvorsitzender	Alfred Kolb
BMW Group München, Leiter Zentrale Informationsverarbeitung	Jürgen Maidl
LfA Förderbank Bayern, Stv. Vorsitzender des Vorstands	Michael Schneider
HVB Systems GmbH, Leiter Anwendungsentwicklung Deutschland	Stefan Spannagl

Ehrenmitglieder des Software Forum Bayern e.V.

Bereich/Funktion	Name
Münchener Business Plan Wettbewerb GmbH, Geschäftsführer	Werner Arndt
Technische Universität München	Prof. Dr. Manfred Broy
Messe München GmbH, Geschäftsführer	Klaus Dittrich
IHK für München und Oberbayern, Stv. Hauptgeschäftsführer	Peter Driessen
Georg-Simon-Ohm Fachhochschule Nürnberg	Prof. Dr. Hans-Georg Hopf
Landeshauptstadt München, Referent	Dr. Reinhard Wieczorek

15. Evaluierungsgremium für die landwirtschaftlichen Landesanstalten

Bereich/Funktion	Name
Mitglied des Vorstandes der Südzucker AG, Vorsitz	Dr. Müller
Lehrstuhl für Landnutzungsplanung und Naturschutz der forstwissenschaftlichen Fakultät der Technischen Universität München	Prof. Dr. Ammer
Präsident des Verbandes Landwirtschaftlicher Untersuchungs- und Forschungsanstalten, Jena	Prof. Dr. Breitschuh
Sprecher des Vorstandes der SKW Trostberg AG	Prof. Dr. Felcht
Gesamthochschule Paderborn	Prof. Dr. Hans-Ulrich Hensche
Institut für Gentechnik und Mikrobiologie der LMU	Prof. Dr. Regine Kahmann
Ehem. Fakultät der Tierwissenschaften der LMU	Prof. emerit. Dr. Kräußlich
Direktor der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Agrarwirtschaft und Landtechnik, Schweiz	Prof. Dr. Walter Mayer
Vorsitzender des Landeskuratoriums für Pflanzliche Erzeugung	Ludwig Spanner
Max-Planck-Institut für Molekulare Pflanzenphysik, Potsdam	Prof. Dr. Lothar Wilmitzer

16. Deregulierungskommission (Henzler-Kommission)

Bereich/Funktion	Name
Oberbürgermeister der Stadt Erlangen und Vorstandsmitglied im Bayerischen Städtetag	Dr. Siegfried Balleis
Unternehmer und Vorstand des Medien- und Marktforschungsunternehmens Ciao AG	Maximilian Cartellieri
Oberbürgermeisterin der Stadt Deggendorf	Anna Eder
Hauptgeschäftsführer und Präsidiumsmitglied der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft	Stephan Götzl
Hauptgeschäftsführer des Landesverbands des Bayerischen Einzelhandels	Günter Gross
Hauptgeschäftsführer der IHK München und Oberbayern	Dr. Reinhard Dörfler
Aufsichtsratsmitglied und ehem. Vorstandsvorsitzender der BMW AG	Prof. Dr.-Ing. Joachim Milberg
Amtschef der Bayerischen Staatskanzlei	Dr. Walter Schön
Geschäftsführender Gesellschafter der INSIGHT Geschäftsentwicklungsgesellschaft mbH	Dr. Konrad Stiglbrunner
Selbstständiger Bäcker- und Konditormeister, MdL und Präsident der Handwerkskammer für München und Oberbayern	Heinrich Traublinger, MdL
Landrat des Landkreises Cham und Präsident des Bayerischen Landkreistages	Theo Zellner

17. Bioethik-Kommission

Bereich/Funktion	Name
TU München	Prof. Dr. Marion Kiechle
Vorsitzender der Bundesvereinigung Lebenshilfe für Menschen mit geistiger Behinderung e.V.	Robert Antretter, MdB a.D.
Regionalbischöfin für den Kirchenkreis München und Oberbayern	Oberkirchenrätin Susanne Breit-Keßler
Institut für Moralthologie, Kath. Theol. Universität München	Prof. Dr. Konrad Hilpert
Präsidentin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs und des Oberlandesgerichts München a.D.	Hildegund Holzheid
Institut für Technik-Theologie-Naturwissenschaften, LMU	PD Dr. Nikolaus Knoepffler
Präsident der Bayerischen Landesärztekammer	Dr. Hans Hellmut Koch (ausgeschieden)
Hochschule für Philosophie München	Prof. Dr. Christian Kummer S.J.
Institut f. Strahlenkunde, Universität Würzburg	Prof. Dr. Albrecht Müller
Lehrstuhl f. Volkswirtschaftslehre u. Wirtschaftsethik, Universität Bayreuth	Prof. Dr. Peter O. Oberender
Präsident des Bundesgerichtshofs a.D.	Prof. Dr. Walter Odersky (ausgeschieden)
LMU München	Prof. Dr. Trutz Rendtorff
Fachärztin für Allgemeinmedizin und Naturheilverfahren	Dr. med. Jona Snopkowski-Bigagli
LMU München	Prof. Dr. Sabine Stengel-Rutkowski
Novartis Pharma GmbH Deutschland	PD Dr. Wolf
Präsident des OLG Bamberg a.D.	Prof. Dr. Reinhard Böttcher
Mitglied des Vorstands der Bayerischen Landesärztekammer	Dr. med. Maria Fick

18. Internationale Expertenkommission für das Elitenetzwerk Bayern

Bereich/Funktion	Person
Präsident der DFG, Bonn	Prof. Dr. Ernst Ludwig Winnacker
Forschungszentrum Karlsruhe GmbH	Prof. Dr. Dr. h.c. Herbert Gleiter
Humboldt-Universität Berlin	Prof. Dr. Anne Barbara Ischinger
International University Bremen	Prof. Dr. Max Kaase
Max-Planck-Institut für terrestrische Mikrobiologie, Marburg	Prof. Dr. Regine Kahmann
Universität Karlsruhe	Prof. em. Dr. Dr. h.c. Gerhard Krüger

Universität Basel	Prof. Dr. Fritz Melchers
Tilburg University, Niederlande	Prof. Dr. Ype H. Poortinga
Max-Planck-Institut für Kohlenforschung, Mülheim an der Ruhr	Prof. Dr. Ferdi Schüth
Eberhard Karls Universität Tübingen	Prof. Dr. Franz W. Wagner
Universität Wien	Prof. Dr. Anton Zeilinger
Ehem. Siemens AG München	Dr. h.c. mult. Dipl.-Ing. Hermann Franz
Präs. d. Studienstiftung des Deutschen Volkes, Regensburg	Prof. Dr. Helmut Altner
Prof. Dr. Walter Kröll	Prof. Dr. Walter Kröll
Prof. Dr. Olaf Kübler	Prof. Dr. Olaf Kübler

19. Expertengruppe Begabtenförderung für das Elitenetzwerk Bayern

Bereich/Funktion	Name
Präs. d. Studienstiftung des Deutschen Volkes, Regensburg	Prof. Dr. Helmut Altner
DFG-Geschäftsstelle, Bonn, Gruppe Graduiertenkolleg und Nachwuchsförderung	Dr. Anselm Fremmer
Universität Erlangen-Nürnberg; Akademischer Leiter der Eliteakademie	Prof. Dr.-Ing. Dr. mult. Franz Durst
Generalsekretärin der Hochschulrektorenkonferenz, Bonn	Dr. Christiane Ebel-Gabriel
Ministerialbeauftragter für die Gymnasien in Niederbayern, Landshut Hochbegabtenprüfung in Bayern	Leit. OStD Georg Rauprich
Referent für Forschungspolitik, Nachwuchsförderung der Max-Planck-Gesellschaft, München	Martin Steins

20. Rat für Wissenschaft und Forschung

Bereich/Funktion	Name
Freie Universität Berlin	Prof. Dr. Erika Fischer-Lichte
Universität Konstanz	Prof. Dr. Gisela Trommsdorff
Rektor der Universität Regensburg	Prof. Dr. Helmut Altner
Technische Universität München	Prof. Dr.-Ing. Wolfram Boeck
Neurologische Universitätsklinik, Universität Tübingen	Prof. Dr. Johann Dichgans
Universität München	Prof. Dr. Wolfgang Frühwald
Universität Konstanz	Prof. Dr. Jürgen Mittelstraß
Max-Planck-Institut für Biochemie	Prof. Dr. Dieter Oesterhelt
Universität Bayreuth	Prof. Dr. Markus Schwoerer
Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft	Prof. Dr. Ernst Ludwig Winnacker

21. Informatik-Kommission

Bereich/Funktion	Name
Universität Karlsruhe	Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Gerhard Krüger
Universität Kaiserslautern	Prof. Dr. Jürgen Nehmer
Technische Universität München	Prof. Dr. Uwe Baumgarten
Technische Universität München	Prof. Dr. Klaus Bender
Vorsitzender des Vorstands der Firma sd&m	Prof. Dr. Ernst Denert
Vorsitzender des Vorstands der Firma IXOS	Dipl.-Kfm. Eberhard Färber
LMU, Direktor des Leibniz-Rechenzentrums der Bayerischen Akademie der Wissenschaften	Prof. Dr. Heinz-Gerd Hegering
Friedrich-Alexander-Universität Erlangen	Prof. Dr. Fridolin Hofmann
Universität Passau	Prof. Alfons Kempner, PhD
Fachhochschule München	Prof. Dr. Ulrich Möncke
Fachhochschule Deggendorf	Prof. Dr. Dr. Heribert Popp
Zentralvorstand der Siemens AG München	Prof. Peter Pribilla

Technische Universität München	Prof. Dr. Hans-Jürgen Siegert
Universität Bamberg	Prof. Dr. Elmar Sinz
Technische Hochschule Aachen	Prof. Dr. Otto Spaniol
Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt (Aschaffenburg)	Prof. Dr. Heribert Weber

22. Unterkommission Wirtschaftsinformatik

Bereich/Funktion	Name
Universität Bamberg	Prof. Dr. Elmar Sinz
Universität Augsburg	Prof. Dr. Hans-Ulrich Buhl
Vorsitzender des Vorstandes der Firma sd&m	Prof. Dr. Ernst Denert
Wirtschaftsuniversität Wien, ehem. Vorsitzender der Kommission zur Evaluierung der Wirtschaftswissenschaften in Bayern	Prof. Dr. Hans-Robert Hansen
Sprecher der Geschäftsführung der KORDOBA Gesellschaft für Bankensoftware mbH & Co.	Prof. Dr. Karl-Rudolf Moll
Fachhochschule Deggendorf	Prof. Dr. Dr. Heribert Popp

23. Kommission zur Evaluierung des Ungarischen Instituts München

Bereich/Funktion	Name
Universität Bayreuth	Prof. Dr. Klaus-Dieter Wolff
Universität Köln	Prof. Dr. Georg Brunner
Österreichische Akademie der Wissenschaften	Dr. Ernő Deak
Ungarische Akademie der Wissenschaften	Prof. Dr. Domokos Kosáry
Universität Wien	Prof. Dr. Pál Dereky
Universität Budapest	Prof. Dr. Ernő Kulcsár-Szabó
Akkreditierungskommission der Ungarischen Republik	Prof. Dr. András Rona-Tas
Universität Erfurt	Ltd. BiblDir. Christiane Schmiedeknecht

24. Arbeitsgruppe „Energieforschung“ des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bereich/Funktion	Name
Technische Universität München	Prof. Dr.-Ing. Wolfram Boeck
RWTH Aachen	Prof. Dr.-Ing. Hans-Jürgen Haubrich
Universität Bonn	Prof. Dr. Klaus Heinloth
Vorstand der Kraftwerksunion / Siemens	Dr. Adolf Hüttl
Universität Bayreuth	Prof. Dr. Markus Schwoerer

25. Ausschuss für Geographie des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bereich/Funktion	Name
Universität Kiel	Prof. Dr. Jürgen Bähr
Gerhard-Mercator-Universität Duisburg	Prof. Dr. Hans H. Blotvogel
Universität Stuttgart	Prof. Dr. Wolf Dieter Blümel
ETH Zürich	Prof. Dr. Frank A. Klötzli
Universität Karlsruhe	Prof. Dr. Manfred Meurer
Universität Bonn	Dr. Wolfgang Schmiedecken

26. Gutachtergruppe „Rechtswissenschaft“ des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bereich/Funktion	Name
Westfälische Wilhelms Universität Münster	Prof. Dr. Hans-Uwe Erichsen
Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht	Prof. Dr. Ernst-Joachim Mestmäcker
Max-Planck-Institut für Patent-, Urheber- und Wettbewerbsrecht	Prof. Dr. S. Strömholm
Universität Konstanz	Prof. Dr. Gisela Trommsdorff
	Prof. Dr. Dr. h.c. Klaus Dieter Wolff
	Dr. Dr. h.c. Albrecht Zeuner
Universität Konstanz	Prof. Dr. Jürgen Mittelstraß

27. Ausschuss für Indogermanistik des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bereich/Funktion	Name
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	Prof. Dr. Gerhard Meiser
Universität Salzburg	Em. Prof. Dr. Ingo Reiffenstein
Universität Köln	Prof. Dr. Hans-Jürgen Sasse
Universität München	Em. Prof. Dr. Klaus Strunk
Universität Freiburg	Prof. Dr. Eva Tichy
Universität Bonn	Prof. Dr. Stefan Zimmer

28. Ausschuss für Erziehungswissenschaften des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bereich/Funktion	Name
Universität Zürich	Prof. Dr. Reinhard Fatke
Universität Frankfurt / M.	Prof. Dr. Gabriele Faust-Siehl
Humboldt-Universität Berlin	Prof. Dr. Wiltrud Gieseke
Universität Tübingen	Prof. Dr. Günter Huber
Universität Dresden	Prof. Dr. Wolfgang Melzer
Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg	Prof. Dr. Günter Opp
Universität München	Em. Prof. Dr. Otto Speck
Humboldt-Universität Berlin	Prof. Dr. Heinz-Elmar Tenorth

29. Ausschuss für Rechtswissenschaft des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bereich/Funktion	Name
Ausschussvorsitzender	Dr. Klaus-Dieter Wolff
Institut für das Recht der Europäischen Gemeinschaften	Prof. Dr. Jürgen F. Baur
Präsident des Oberlandesgerichts Bamberg	Prof. Dr. Reinhard Böttcher a. D.
Universität Trier	Prof. Dr. Bernd von Hoffmann
	Prof. Dr. Manfred Körner
Institut für Strafrecht der Universität Marburg	Prof. Dr. Dieter Meurer
Siemens AG	Dr. Albrecht Schäfer
Dept. Recht und Ökonomie (D-REOK) der ETH Zürich, ständiger Gast	Prof. Dr. Renate Schubert
Universität Freiburg	Prof. Dr. Thomas Würtenberger
Bayerisches Staatsministerium der Justiz	Ministerialdirigent Dr. h.c. Schöbel

30. Ausschuss für Slavistik des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bereich/Funktion	Name
Universität Köln (Ostrecht)	Prof. Dr. Georg Brunner
Universität Graz (Slavistik)	Prof. Dr. Wolfgang Eismann
Freie Universität Berlin (Romanistik)	Prof. Dr. Klaus W. Hempfer
Universität Göttingen (Slavistik)	Prof. Dr. Reinhard Lauer
Altrector der Universität Passau (Slavistik)	Prof. Dr. Karl-Heinz Pollok
Freie Universität Berlin (Osteuropäische Geschichte)	Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus Zernack

31. Ausschuss für Wirtschaftswissenschaften des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bereich/Funktion	Name
Dept. Recht und Ökonomie (D-REOK) der ETH Zürich	Prof. Dr. Renate Schubert
Rektor der Wirtschaftsuniversität Wien	Prof. Dr. Hans Robert Hansen
TU München, Luft- und Raumfahrttechnik	Prof. Dr. Eduard Igenbergs
Universität Frankfurt a. M., Kreditwirtschaft und Finanzierung	Prof. Dr. Jan Pieter Krahn
Humboldt-Universität Berlin, Marketing	Prof. Dr. Wulff Plinke
Bayerische Hypo- und Vereinsbank AG, Mitglied des Vorstands	Dr. Paul Siebertz
Universität Tübingen, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre	Prof. Dr. oec. publ. Franz W. Wagner
Universität Regensburg	Prof. Dr. Wolfgang Wiegard
Institut für Statistik und Ökonometrie der Freien Universität Berlin	Prof. Dr. Jürgen Wolters
Ständiger Gast	Dr. Klaus Dieter Wolff

32. Arbeitsgruppe „Asiatische und afrikanische Kulturen“ des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bereich/Funktion	Name
Universität Kiel, Sinologie	Prof. Gudula Linck
Universität Bochum, Koreanistik	Prof. Marion Eggert
Universität Köln, Japanologie	Prof. Franziska Ehmcke
Universität Frankfurt, Afrikanistik	Prof. Hermann Jungraithmayr
Universität Bonn, Indologie	Prof. Konrad Klaus
Universität Berlin, Ethnologie	Prof. Ute Luig

33. Arbeitsgruppe „Nahöstliche und europäische Kulturen“ des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Bereich/Funktion	Name
Humboldt-Universität Berlin, Turkologie, Zentralasienwissenschaft	Prof. Dr. Ingeborg Baldauf
Freie Universität Berlin, Byzantinistik	Prof. Dr. Diether R. Reinsch
Universität Düsseldorf, Jüdische Studien	Prof. Dr. Stefan Rohrbacher
Universität Tübingen, Ägyptologie	Prof. i.R. Dr. Wolfgang Schenkel
Universität Bonn, Vorsitzender, Semitische Philologie, Islamwissenschaft	Prof. em. Dr. Stefan Wild

34. Projektteam Denkmalschutzrecht und der Denkmalschutzverwaltung

Das Projektteam besteht aus 4 Mitarbeitern des Bayerischen Landesamtes für Denkmalpflege (BLfD) und des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst. Außerdem gibt es eine Lenkungsgruppe. Sie besteht aus Mitarbeitern des Staatsministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst, des BLfD, der Stadt Würzburg, des LRA Fürstfeldbruck und einem externen Berater als Coach. Da die Mitglieder nicht namentlich benannt werden und ein ständiger Wechsel stattfindet, ist eine Angabe der Teilnehmer nicht möglich.

35. Gutachterkommission für die Evaluierung bayerischer Forschungsverbände

Im Vorfeld neuer Forschungsverbände werden jeweils Gutachtergruppen aus außerbayerischen Experten eingerichtet. Für folgende Forschungsverbände wurden seit 1998 Gutachterkommissionen eingesetzt.

- Bayerischer Forschungsverbund Area-Studies (FORAREA)
- Bayerischer Forschungsverbund für Biomaterialien (FORBIOMAT)
- Bayerischer Forschungsverbund Erhöhte UV-Strahlung in Bayern – Folgen und Maßnahmen (BayFORUV)
- Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa (FOROST)
- Bayerischer Klimaforschungsverbund (BayFORKLIM)
- Bayerischer Forschungsverbund Wirtschaftsinformatik (FORWIN)
- Forschungsverbund Verkehr- und Transportsysteme (FORVERTS)
- Bayerischer Forschungsverbund Situierung, Individualisierung und Personalisierung in der Mensch-Maschine-Interaktion (FORSIP)
- Bayerischer Forschungsverbund Turbulente Verbrennung (FORTVER)
- Bayerisches Genomforschungnetzwerk

Wegen des ständigen Mitgliederwechsels können die Namen der Mitglieder nicht genannt werden.

36. Tierarzneimittel-Fachbeirat

Tierärztliche Fakultät der LMU München
Wissenschaftszentrum der TU München-Weihenstephan
Bayerische Landestierärztekammer
Tiergesundheitsdienst
Veterinärverwaltung

Die Namen der Mitglieder können nicht namentlich genannt werden, da sie ständig wechseln.

37. Tierschutzbeirat

Landesverband Bayern e.V. des Deutschen Tierschutzbundes
Akademie für Tierschutz des Deutschen Tierschutzbundes
Landesvereinigung für den ökologischen Landbau in Bayern e.V.
Landesverband der beamteten Tierärzte Bayerns e.V.
Bündnis Bayerischer Tierrechtsorganisationen
Bayerische Landestierärztekammer
Bayerischer Bauernverband
Institut für Tierschutz, Verhaltenskunde und Tierhygiene der LMU München
Landesverband Bayern e.V. im Bundesverband Praktischer Tierärzte e.V.

Die Namen der Mitglieder können nicht namentlich genannt werden, da sie ständig wechseln.

38. Fachausschuss sichere Schlachttechniken

Mitglieder: Vertreter der Fleischwirtschaft, Verbraucher, Wissenschaft, StMLF, StMUGV

Die Namen der Mitglieder können nicht namentlich genannt werden, da sie ständig wechseln.

39. Internationale Länderkommission Kerntechnik (ILK)

Bereich/Funktion	Person
Massachusetts Institute of Technology (MIT), Cambridge, USA	Prof. Dr. George Apostolakis
Technische Universität München	Prof. Dr. phil. Dr.-Ing. E.h. Adolf Birkhofer
Ehem. Direktorin des Bereichs Sicherheit Kerntechnischer Einrichtungen bei der IAEO	Ms. Annick Carnino
Universität Karlsruhe	Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Dr. techn. h.c. Josef Eibl
Ruhr-Universität Bochum	Prof. Dr.-Ing. habil. Hans Dieter Fischer
SKB International Consultants AB, Schweden	Ing. Bo Gustafsson
Technische Universität Dresden	Prof. Dr. rer. nat. habil. Winfried Hacker
Paul Scherrer Institut (PSI), Villingen/ ETH Zürich	Prof. Dr.-Ing. habil. Wolfgang Kröger
GfS Gesellschaft für Simulatorschulung mbH/KSG Kraftwerks-Simulator-Gesellschaft mbH	Dr.-Ing. Erwin Lindauer
Direktor (a.D.) der schweizerischen atomrechtlichen Aufsichtsbehörde HSK	Dr. Serge Pretre
Universität Stuttgart	Prof. Dr.-Ing. habil. Eberhard Roos
Technische Universität Dresden	Prof. Dr. Frank-Peter Weiß

Zu 3.:

Es wird auf die Antwort zu Frage 4 von MdL Dr. Martin Runge verwiesen. Aus der Auflistung der Kommissionen, Gremien etc. ergibt sich auch der Beratungszweck.

Zu 4.:

Es wird auf die Antwort zu Frage 2 und Frage 4 von MdL Dr. Martin Runge verwiesen.

Zu 5.:

In der Antwort zu Frage 4 von MdL Dr. Martin Runge ist unter den einzelnen Kommissionen und Gremien aufgeführt, ob und inwieweit Honorare oder Aufwandsentschädigung gezahlt wurden. Eine Aufschlüsselung auf einzelne Beirats-/Kommissionsmitglieder ist nicht möglich.

Zu 6.:

In zahlreichen Kommissionen und Gremien sitzen Vertreter von Hochschulen. Auch bei Beratungsaufträgen greift die Staatsregierung gerne auf den Sachverstand bayerischer Universitäten und Fachhochschulen zurück. In der Auflistung zu Frage 1 von MdL Dr. Martin Runge finden sich daher insgesamt 14 Universitäten bzw. Fachhochschulen. Sie haben mit Abstand die häufigsten Aufträge erhalten (vgl. Antwort zu Frage 7 von MdL Maget).

Im Übrigen ist die Vergabe von Beratungsaufträgen an Mitglieder von Gremien relativ selten. Lediglich im Bereich e-Government/IuK sind solche Aufträge ergangen. Dies betrifft die Firmen CAP Gemini, T-Systems, Secartis AG, CSC Ploenzke, Oracle, Prognos & Simma, IBM sowie bol Behörden-online GmbH*) und den FAST e.V.

Die genannten Firmen waren aufgrund ihrer anerkannten Fachkompetenz in den unter Ziffer 6 bis 9 in der Antwort zu Frage 2 aufgeführten Beiräten und Arbeitskreisen durch Mitarbeiter vertreten.

Darüber hinaus wurden Beraterverträge im Sozialbereich mit den Instituten ISKA, Nürnberg sowie IPP, München, vereinbart. Beide Institute hatten Mitarbeiter in die ExpertInnengruppe zur Entwicklung von Förderinstrumenten für bürgerschaftliches Engagement in Bayern entsandt.

Zu 7.:

Es wird auf die Antwort zu Nr. 4 der ersten Anfrage von MdL Dr. Runge verwiesen.

Zu 8.:

Invest in Bavaria und gotoBavaria sind keine Beratungsunternehmen der Bayerischen Staatsregierung. Vielmehr sind sie operativ im Bereich Standortmarketing/Ansiedlungswerbung tätig. Für Tätigkeit und Erfolg wird auf die Beantwortung der schriftlichen Anfrage der Abgeordneten Dr. Heinz Kaiser und Heinz Mehrlich vom 31.7.2003 betreffend „Erfolgskontrolle des Standortmarketings in Bayern durch „BayernMIT/gotoBavaria“ und „Invest in Bavaria“ (LT-Drs. 14/13299) verwiesen.

Für das Jahr 2003 wird ergänzend mitgeteilt, dass insgesamt 73 Ansiedlungs-/Erweiterungsvorhaben von Invest in Ba-

varia erfolgreich betreut wurden. Dabei wurden insgesamt 4.069 Arbeitsplätze geschaffen. 2003 wurden aus Kap. 07 03 Tit. 686 21 1.765.000 € aufgewendet. Außerdem flossen aus den HTO-Mitteln in Kap. 13 12 Tit. 683 91 2,7 Mio. €.

BayernMIT/gotoBavaria konnte 2003 21 Unternehmen ansiedeln, 16 davon aus dem Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie, 5 aus dem Bereich Medien. Damit wurden in Bayern 161 Arbeitsplätze im Medienbereich geschaffen, im IT-Bereich waren es 234 Arbeitsplätze.

2003 wurden aus Kap. 02 03 Tit. 686 86, aus Kap. 02 03 Tit. 893 86 und aus Kap. 13 12 Tit. 686 92 (HTO) insgesamt 1.880.661 € aufgewandt.

Schriftliche Anfrage

der Abgeordneten **Johanna Werner-Muggendorfer**

vom 26. Januar 04

Zu 1.:

Es wird auf die Antwort zu Frage 3 von MdL Dr. Martin Runge verwiesen.

Zu 2.:

Die Fachressorts kontrollieren bei jeder Auftragsvergabe, ob und inwieweit der Auftrag erfüllt wurde. Dass die gewünschte Qualität erreicht wird, liegt im Interesse eines jeden Auftraggebers. Üblicherweise wird die Leistungserbringung durch Zwischenberichte oder abschließende Gutachten geprüft und dokumentiert. Spätestens bei der Abnahme wird dazu Stellung genommen. Soweit Mängel festgestellt werden, werden entsprechende Konsequenzen gezogen, d.h., es wird Überarbeitung des Gutachtens verlangt oder in gravierenden Fällen die Abnahme verweigert.

Zu 3.:

Für die Verwaltung gilt der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (Art. 7 BayHO). Deshalb wird stets vor Vergabe eines Auftrags an Dritte geprüft, ob dies notwendig und wirtschaftlich ist.

Zu 4.:

Es wird auf die Jahresberichte des Bayerischen Rechnungshofs und die damit verbundenen Landtagsbehandlungen verwiesen.

Zu 5.:

Welche Angelegenheiten Gegenstand der Kabinettsberatungen sind, ist in § 4 der Geschäftsordnung der Staatsregierung festgelegt. Die Vergabe von Beraterverträgen zählt dazu in der Regel nicht. Nur in Ausnahmefällen mit besonderer politischer Bedeutung, z. B. bei der Einsetzung der Henzler-Kommission oder der Kommission zur Evaluierung der landwirtschaftlichen Landesanstalten, befasst sich der Ministerrat mit der Beauftragung von Gutachtern. Grundsätzlich ist dies Aufgabe der Ressortchefs, die ihren Geschäftsbereich selbständig und unter eigener Verantwortung führen (Art. 51 BV). Im Übrigen zählen die Inhalte der Kabinettsberatungen zum Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung und werden vom Informationsrecht des Parla-

*) Firma existiert nicht mehr.

ments nicht mehr erfasst (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 42 der Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion, BT-Drs. 15/2458).

Zu 6.:

Es wird auf die Antwort zu Frage 6 von MdL Dr. Martin Runge verwiesen. Für die Staatsregierung gilt der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit (Art. 7 BayHO). Dieser ist Maßstab für das gesamte Verwaltungshandeln. Wenn konkrete Einsparmöglichkeiten ersichtlich sind, werden sie umgesetzt.

Zu 7.:

Beauftragte des Auftraggebers sind wegen des Gleichheitsgrundsatzes und des Neutralitätsgebotes grundsätzlich vom anschließenden Vergabeverfahren ausgeschlossen. Eine Beauftragung von Beratern bei einem später ausgeschriebenen Projekt kommt daher nur in besonders gelagerten Ausnahmefällen vor. In der 14. Legislaturperiode war dies beim Leistungsvergleich der Finanzämter der Fall. Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen hatten ein Pilotprojekt von einem Beratungsunternehmen vorbereiten und begleiten lassen. Da dies erfolgreich verlief, verpflichteten sich die vier Länder, den Leistungsvergleich bis Ende 2004 flächendeckend einzuführen. Wegen der besonders speziellen Ausrichtung und des sehr engen Zeitrahmens war eine weitere externe Unterstützung notwendig. Dafür kam nur die bereits mit dem Erstauftrag betraute Beratungsfirma in Betracht.

Zu 8.:

Eine Erhöhung der Gesamtkosten um mehr als 5 % trat bei dem Auftrag für ein „Aktionsprogramm zur Förderung kreativer Milieus im Grenzland – Modellfall Kronach“ ein. Durch Ergänzung um einen weiteren Baustein erhöhten sich die Gesamtkosten um 12,9 %. Dies musste akzeptiert werden, weil sonst der erfolgreiche Abschluss des Gesamtprojekts gefährdet gewesen wäre.

Weitere Fälle dieser Art sind der Staatsregierung nicht bekannt.

Schriftliche Anfrage II

des Abgeordneten **Dr. Martin Runge**

vom 15. Januar 2004

Zu 2.:

Vorbemerkung:

Die Antwort wurde nach denselben Kriterien erstellt wie bei Nr. 1 und 7 der 1. Anfrage. Was der Fragesteller mit „PR-Aufträgen“ meint, geht aus der Anfrage nicht ganz deutlich hervor. Die Staatsregierung versteht dies als Frage nach beratenden/unterstützenden Tätigkeiten Dritter bei größeren Projekten der Öffentlichkeitsarbeit. Nicht enthalten sind daher Aufwendungen für Anzeigen, Ausstellungen, Tage der offenen Tür sowie reine Druck- oder Übersetzungsaufträge, z.B. wenn ein Ministerium einen Flyer u.ä. selbst erstellt hat. Des Weiteren wurden Aufträge für gedruckte Materialien zur Öffentlichkeitsarbeit ausgenommen. Hierzu wird auf die jährliche Meldung des Leiters der Bayer. Staatskanzlei zum Beschluss des Bayer. Landtags vom 15. Juli 1975 (sog. Kaub-Anfrage) verwiesen (vgl. Schreiben des Leiters der Bayer. Staatskanzlei vom 21.9.2000, 3.9.2001, 10.9.2002, 27.8.2003). Für das Jahr 2003 wird der Leiter der Bayer. Staatskanzlei dem Landtag wie in den Vorjahren die Auflistung zuleiten. Angesichts der zahlreichen Einzelprojekte sind dafür umfangreiche, ressortübergreifende Vorarbeiten notwendig. Die Antwort wird daher wie bisher im Sommer übermittelt werden.

Im Übrigen hält die Staatsregierung fest, dass die Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit nicht für politische „Werbekampagnen“ aufgewendet werden. Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit ist es vielmehr, Informationen für die Bürgerinnen und Bürger bereitzustellen, um die Landespolitik transparenter zu machen oder wichtige politische Themen für Interessierte detaillierter darzustellen. Die Zielgruppen sind jeweils unterschiedlich. Sie reichen von Schulen und Kindergärten über Landwirtschaftsbetriebe, ansiedlungswillige Unternehmen, Familien, Behinderte, Steuerpflichtige bis hin zur gesamten Bevölkerung bei allgemein interessierenden Fragen. Die hohe Nachfrage nach den Produkten der Öffentlichkeitsarbeit und die millionenfachen Aufrufe auf den Internetseiten zeigen, dass die Staatsregierung die Mittel zielorientiert entsprechend den Interessen der Bürgerinnen und Bürger verwendet. „Werbung“ ist lediglich in speziellen Segmenten angezeigt, wo bayerische Produkte (Frankenwein, Holz, Bayernticket u.ä.) im Wettbewerb stehen oder wo es um Aufrufe zu einem bestimmten Verhalten (ehrenamtl. Engagement, Akzeptanz von Behinderten etc.) geht.

Für folgende Maßnahmen sind – über die Kaub-Auflistungen hinaus – Aufträge erteilt worden:

Auftragnehmer	Zweck	Ressort/Gesellschaft
Aktiv-Kommunikation, Nürnberg	Medienwirksame Bergung des Zugspitzfelsens und anschließende Städtetour zur Bewerbung des bayerischen Beitrags zur EXPO	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Kasper Wachs und Company, München	Corporate Design für Standortmarketing und Umsetzung	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Grey Connect, München	Gestaltung und Organisation der Bayernwoche anl. der EXPO 2000	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
CNS GmbH, München	Durchführung technologiepolitischer Veranstaltungen in den Regierungsbezirken	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
die agentour, München	Marketingmaßnahmen, Rahmenvertrag bis Mai 2002	Bayer. Eisenbahngesellschaft (BEG)
AKOM, München	Sommerwerbekampagne	Bayer. Eisenbahngesellschaft (BEG)
Heimrich & Hannot, Dresden	Werbekampagnen 2002	Bayer. Eisenbahngesellschaft (BEG)
Heimrich & Hannot, Dresden	Werbekampagnen 2003	Bayer. Eisenbahngesellschaft (BEG)
Pressebüro Thomas Warg, Grafing	Öffentlichkeitsarbeit von top elf	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
Stiftung politische und christliche Jugendbildung e.V. CCN Communications-Consulting-Network, Meckenheim	Veranstaltung eines Kongresses zur Medienpräsentation für land- und ernährungswirtschaftliche Themen	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten zus. mit der CMA
Die Insel, Filderstadt	Holzwerbekampagne „Holz aus Bayern. Bauen wir darauf!“	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
Werbeagentur Wächter & Wächter, München	Marketing- und Markenkonzept für Frankenwein	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
das trio kommunikation & marketing gmbH, München	Aufbau einer Datenbank für Internet- und CD-ROM-Darstellung mit Produktinformationen über Spezialitäten aus Bayern	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
das trio kommunikation & marketing gmbH, München	Erstellung einer internetfähigen Datenbank für Exportkatalog und Schmankerl-Brevier	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
Squadra Consult, München	Leitlinien einer Kommunikationsstrategie für das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (ehem. StMGEV)
Agentur Earlin George III, München	Kommunikationsmaßnahmen zur verbesserten Nutzung des Verbraucherschutzinformationssystems (Website plus Infolines)	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (ehem. StMGEV)
Felder Werbung GmbH, München	Aktionstag „Gesund genießen“ in Augsburg 2001	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (ehem. StMGEV)
Felder Werbung GmbH, München	Aktionstag „Gesund genießen“ in Würzburg 2002	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (ehem. StMGEV) und Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
R + S Werbeagentur	Gesundheitsinitiative „Bayern aktiv“ Auftaktveranstaltung 2002	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (ehem. GEV)
CreaKom Dialog GmbH, München	Sonne mit Verstand 2000	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (ehem. StMGEV)

CreaKom Dialog GmbH, München	Sonne mit Verstand 2001	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (ehem. StMGEV)
CreaKom Dialog GmbH	„Sonne(n) mit Verstand statt Sonnenbrand“ - Aufklärungsaktion 2002	ehem. Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz mit Staatsministerium für Unterricht und Kultus und ehem. Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen
CreaKom Dialog GmbH	„Sonnenschutz ist kinderleicht“ – Informationsaktion mit Schwerpunkt Grundschulen 2003	ehem. Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz mit Staatsministerium für Unterricht und Kultus und ehem. Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen
Proteco, Neusäß	Neue Messe München – Opening	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Viridis GmbH, München	Landesgartenschau Kronach	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Viridis GmbH, München	Landesgartenschau Memmingen	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Ayres & Partner, München	Multiplikatorenkampagne im Bereich Werbung/Marketing anlässlich des „Internationalen Jahres der Freiwilligen 2001“ mit dem Ziel, Entscheidungsträger und Multiplikatoren für das bürgerschaftliche Engagement stärker zu motivieren und für seine neuen Herausforderungen zu sensibilisieren.	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Winevents, München	Multiplikatorenkampagne im Bereich Veranstaltungen/Events anlässlich des „Internationalen Jahres der Freiwilligen 2001“ mit dem Ziel, Entscheidungsträger und Multiplikatoren für das bürgerschaftliche Engagement stärker zu motivieren und für seine neuen Herausforderungen zu sensibilisieren.	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Institut für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA), Nürnberg	Erarbeitung einer Broschüre, einer Wanderausstellung und eines Internetauftritts, Gestaltung und Druck der Broschüre	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Bayerischer Jugendring, München	Erarbeitung und Realisierung des Jugendwettbewerbs mit Preisverleihung	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Felder Werbung GmbH, München	Aktionswoche „Menschen mit Behinderung“ 1999 (Forum des Staunens)	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Dr. Susanne Schäfer-Walkmann, Sozialwissenschaftl. Beratung, Rommelsried	Landeswettbewerb Freiwilliges Engagement in bayer. Seniorenheimen „Nicht allein im Pflegeheim“	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Trio-group, Kommunikations- und Marketing GmbH, München	Kommunikationskampagne „Altenpflege in Bayern“	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Coach Communication, Eichenau	Kampagne anlässlich des „Europäischen Jahres der Menschen mit Behinderungen 2003“ mit dem Ziel, die nichtbehinderte Bevölkerung Bayerns für die Belange behinderter Menschen zu interessieren und zu sensibilisieren	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Rieder, München	Entwicklung eines einheitlichen Erscheinungsbildes der Staatsregierung	Staatskanzlei
Agentur Martin, Brandt & Partner, Düsseldorf	Gesamtkonzeption für die Bekanntmachung der Servicestelle der Bayer. Staatsregierung	Staatskanzlei
Grub + Partner, München und Fa. Cadolto, Cadolzburg	Präsentation des Modellvorhabens „Siedlungsmodelle Bayern“ als dezentrales Projekt auf der EXPO 2000	Staatsministerium des Innern zus. mit Entwicklungsgesellschaft Bayreuth-Holzmühle mbH, Günzpark Entwicklungsgesellschaft und Projektentwicklungsgesellschaft St. Leonhard-Nord mbH Siedlungsmodell Nürnberg

Zur Frage nach den Gesamtkosten wird auf die Ausführungen zur 1. Anfrage/Frage 2 verwiesen.

Insgesamt sind für die o.g. Aufträge seit Beginn der 14. Legislaturperiode folgende Gesamtkosten entstanden:

Jahr	Mio. €
1998	1,282
1999	2,122
2000	4,921
2001	3,878
2002	3,533
2003	3,195
2004	0,007

Zur Frage nach den vergaberechtlichen Grundlagen wird auf die Ausführungen zur 1. Anfrage / Frage 3 verwiesen. Die o.g. aufgelisteten Aufträge wurden wie folgt vergeben:

Öffentliche Ausschreibung	9
Beschränkte Ausschreibung	3
Freihändige Vergabe	14
EU-weites Verhandlungsverfahren mit Öffentlicher Vergabebekanntmachung u. Öffentlichem Teilnahmewettbewerb	3
Ideenwettbewerb	8

Zu 3.:

Die Frage betrifft das Projekt BayKOM. Dabei geht es um eine umfassende Neukonzeption der Bayerischen Kommunikationsnetze für Daten-, Sprach- und Mobilfunkkommunikation sowie den Internetzugang. Die Beratungsleistungen wurden von der Fa. UDF Consulting AG, Stuttgart, erbracht (s. Antwort zu Frage 1). Der Auftrag umfasste die Konzeption und die Erstellung der Vergabeunterlagen, die Unterstützung bei der Angebotsauswertung, dem Migrationskonzept und der Einführung von BayKOM. Grundlage der Vergabe war die VOF. Da der Schwellenwert von 200.000 € nicht überschritten wurde, war kein förmliches Verfahren notwendig. Gleichwohl wurde ein Teilnahmewettbewerb durchgeführt. Auf der Basis der mit Unterstützung von UDF erstellten

Vergabeunterlagen wurde ein europaweites Verhandlungsverfahren mit vorheriger Öffentlicher Vergabebekanntmachung für den Betrieb von Netzinfrastruktur und für die Bereitstellung von Netzanschlüssen durchgeführt. In diesem Verfahren wurde der Zuschlag der Fa. BT Ignite für die Bereiche Daten- und Sprachkommunikation sowie Internetzugang und der Fa. Vodafone für den Bereich Mobilfunk erteilt. Es handelt sich hierbei ausschließlich um Netzbetreiberleistungen (Telefonie, Datentransport, Internet, Mobilfunk) und somit nicht um Beratungsverträge. Die Kosten für die gesamte Vertragslaufzeit (1.4.2003 bis 31.3.2010) sind derzeit nur grob abschätzbar. Falls das derzeitige Wachstum anhält, könnte das Gesamtvolumen rd. 250 Mio. Euro erreichen. Eine mögliche Preisreduzierung für Providerleistungen während der Vertragslaufzeit durch Preisverhandlungen ist dabei nicht berücksichtigt. Die Kosten für beratende Unterstützungsleistungen im Vorfeld des Auftrags bewegen sich daher im Promillebereich.

Zu 4.:

Zu den Monita des ORH wird auf die jeweiligen Jahresberichte und die damit verbundenen Landtagsbehandlungen verwiesen. Grundsätzlich ist danach festzustellen, dass „Auftragsvermischungen“ kaum vorkommen. Etwas anderes gilt für top elf. Hier hatte das federführende Ressort jedoch bereits vor der ORH-Kritik die Projektorganisation geändert und die Auftragserledigung von Auftragsvergabe und Erfolgskontrolle getrennt.

Zu 5.:

Eine Beantwortung ist mit zumutbarem Aufwand nicht leistbar. Die Staatsregierung fördert/initiiert jedes Jahr Tausende von Projekten. Eine detaillierte Zusammenstellung sämtlicher Fördermaßnahmen aller Ressorts in der letzten Legislaturperiode ist nicht möglich. Im Übrigen stellt sich auch die Frage, wie die „Gesamtausgaben“ bei fortlaufenden Projekten, dauerhaften Installationen von Software u. ä. angesetzt werden sollen. Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Beraterleistungen in aller Regel nur einen winzigen Prozentsatz der Gesamtausgaben (soweit sie greifbar sind) ausmachen.

Zu 6.:

Die Mitarbeiter kennen die Vergabevorschriften und halten sich daran. Sollten in Ausnahmefällen Vergabensverstöße festgestellt werden, so wird dem umgehend nachgegangen und eine Stellungnahme angefordert. Welche Konsequenzen gezogen werden, hängt vom Einzelfall ab.

Zu 7.:

Zur Beantwortung der Frage müssten die umfangreichen Unterlagen noch einmal detailliert geprüft werden. Das würde einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand erfordern.

Schriftliche Anfrage I

des Abgeordneten **Dr. Martin Runge**

vom 15. Januar 2004

Zu 2.:

Ziel der Fragestellung ist die Bekanntgabe von vertraglich geregelten Einzelheiten zwischen der Staatsregierung und den Beratern. Damit sind die Grundrechte der Unternehmer aus Art. 2 Abs. 1 i. V. m. Art. 1 Abs. 1 GG (Recht auf informationelle Selbstbestimmung) sowie aus Art. 14 Abs. 1 GG betroffen. Es entspricht ständiger Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes, dass eine Preisgabe individueller Geschäftsdaten nur dann zulässig ist, wenn eine Abwägung mit dem parlamentarischen Fragerecht ein überwiegendes öffentliches Interesse ergibt. Hierzu bedarf es konkreter Anhaltspunkte. Grundsätzlich ist eine Offenlegung und Aufschlüsselung der Gesamtkosten auf einzelne Beraterverträge wegen des betrieblichen Datenschutzes und der schutzwürdigen Interessen der Auftragnehmer nicht zulässig. Die Staatsregierung schließt sich insoweit der Rechtsauffassung der Bundesregierung an, die sich dazu wiederholt geäußert hat:

- „Die Wahrung der Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse der Institute lässt eine Nennung der Auftragsvolumina der Institute im Rahmen einer parlamentarischen Anfrage wegen der Publizität des Verfahrens nicht zu“ (BT-Drs. 14/9613 v. 27.6.2002).
- „Im Übrigen sind Auskünfte zum Beraterhonorar einzelner Firmen im Rahmen der Kleinen Anfrage aus rechtlichen Gründen nicht zulässig“ (Antwort der Bundesregierung vom 4.2.2004 auf die Kleine Anfrage der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, BT-Drs. 15/2458).
- Die Auftragsvolumina dürfen nicht in Bezug auf einzelne Anbieter bekannt gegeben werden (Antwort der Bundesregierung vom 5.3.2004 auf die Kleine Anfrage der Unionsfraktion im Deutschen Bundestag, BT-Drs. 15/2637, insbes. zu den Fragen Nr. 31, 38 und 40).

Insgesamt sind für die Frage 1 genannten Gutachten, Studien und Berichte seit Beginn der 14. Legislaturperiode folgende Gesamtkosten entstanden:

Kosten der allgemeinen Beratungen

Jahr	Mio. €
1998	--
1999	0,313
2000	3,314
2001	1,316
2002	0,261
2003	1,103

Kosten der fachspezifischen Beratungen

Jahr	Mio. €
1998	1,083
1999	10,056 *
2000	3,112
2001	2,339
2002	3,003
2003	4,797
2004	0,223

* davon 6,968 Mio € für Unternehmensbewertungen/Rechtsberatungen im Zusammenhang mit der Privatisierung von VIAG-Anteilen und der Molkerei Weihenstephan

Kosten der technischen Beratungen

Jahr	Mio. €
1998	---
1999	0,936
2000	1,990
2001	0,670
2002	3,736
2003	1,519

Zu 3.:

Grundlage für die Vergabe von Aufträgen durch die Bayerische Staatsregierung sind die einschlägigen Vergabevorschriften, insbesondere die nach Art. 55 Abs. 2 der Bayer. Haushaltsordnung (BayHO) und der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV, BGBl 2003 I, 170 ff) anzuwendende Verdingungsordnung für Leistungen (VOL) vom 17. September 2002 (Bundesanzeiger vom 20.11.2002). Danach ergeben sich folgende Grundsätze:

Für die Vergabe eines öffentlichen Auftrags stehen nach § 3 Nr. 1 VOL/A verschiedene Vergabearten (Öffentliche und Beschränkte Ausschreibung, Freihändige Vergabe) zur Verfügung. Soweit nicht die Natur des Geschäfts oder besondere Umstände eine Ausnahme rechtfertigen, ist nach Art. 55 BayHO und § 3 Nr. 2 VOL/A eine Öffentliche Ausschreibung durchzuführen. In § 3 Nr. 3 VOL/A sind verschiedene Gründe genannt, bei denen eine Öffentliche Ausschreibung unzumutbar sein kann. Dazu gehören insbes. die Erforderlichkeit von außergewöhnlicher Fachkunde, Leistungsfähigkeit oder Zuverlässigkeit, das Missverhältnis von Aufwand einer öffentlichen Ausschreibung zum Wert des Auftrags, Dringlichkeit oder Geheimhaltung. In diesen Fällen kommt eine Beschränkte Ausschreibung in Betracht.

Darüber hinaus enthält § 3 Nr. 4 zahlreiche Fälle, in denen eine Freihändige Vergabe zulässig ist. Bei Dienstleistungen sind vor allem einschlägig

- Ausschließlichkeitsrecht eines Unternehmens aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen,
- besondere Dringlichkeit der Leistung,
- fehlende Vergleichbarkeit von Angeboten bei im Vorhinein nicht eindeutig und erschöpfend beschreibbaren Leistungen,
- besondere schöpferische Fähigkeiten,
- Aufträge unter 25.000 €.

Im Übrigen sollen bei Freihändigen Vergaben in der Regel Angebote von Wettbewerbern eingeholt und Preisvergleiche angestellt werden (§ 7 Nr. 2 VOL/A). Sowohl bei Beschränkten Ausschreibungen als auch bei Freihändigen Vergaben soll ein Öffentlicher Teilnahmewettbewerb durchgeführt werden, soweit dies zweckmäßig ist (§ 3 Nr. 1 Abs. 4 VOL/A).

Außerdem ist zu berücksichtigen, dass bei Leistungen, die im Rahmen einer freiberuflichen Tätigkeit erbracht oder im Wettbewerb mit freiberuflich Tätigen angeboten werden, die VOL nicht anwendbar ist. Nach der Amtlichen Erläuterung zu § 1 VOL/A ist hier regelmäßig eine Freihändige Vergabe zulässig. Selbständige beratende Volks- und Betriebswirte, Rechtsanwälte, Steuerberater u.ä. üben eine freiberufliche Tätigkeit aus (§ 18 Abs. 1 Satz 1 EStG).

Bei einem Auftragswert von derzeit mehr als 200.000 € (ohne USt) können für Beratungsleistungen zusätzliche Bestimmungen gelten. So ist unabhängig von der Verfahrensart in der Regel zu Beginn des Vergabeverfahrens eine Vergabebekanntmachung im EU-Amtsblatt nach vorgegebenem Muster zu veröffentlichen. Auch hier lassen die nationalen Vorschriften auf der Basis der EU-Vergaberichtlinien Ausnahmen zu, z. B. bei Ausschließlichkeitsrecht eines Unternehmens, bei zwingender Dringlichkeit der Leistungen, bei notwendigen zusätzlichen Dienstleistungen bzw. bei Wiederholung gleichartiger Leistungen nach Ausschreibung der Erstleistung.

Die unter Ziff. 1 genannten Gutachten, Studien und Berichte wurden wie folgt vergeben:

Öffentliche Ausschreibung	11
Beschränkte Ausschreibung	12
Freihändige Vergabe	174
EU-weites Verhandlungsverfahren mit Öffentlicher Vergabebekanntmachung und Öffentlichem Teilnahmewettbewerb	10
Ideenwettbewerb	1

In zwei Fällen hat die Staatsregierung eigens Kommissionen zur Erarbeitung eines Gutachtens zusammengestellt.

Im Übrigen hat die Bundesregierung in ihrer Antwort zu Nr. 14 der Kleinen Anfrage der CDU/CSU-Fraktion vom 4.2.2004 (BT-Drs. 15/2458) ausgeführt, dass „allein der Umstand, dass freihändig Aufträge vergeben wurden, ohne Aussagekraft“ ist.

Zur Information des Bayerischen Landtags wird auf die im Landtagsamt vorhandenen Drucksachen und Unterlagen verwiesen.

Zu 4.:

Vorbemerkung:

Die Staatsregierung geht davon aus, dass sich die Frage auf ergänzend eingesetzte Beratungsgremien bezieht, nicht auf gesetzlich vorgesehene Gremien, wie z. B. den Bayerischen Landesgesundheitsrat. Nicht aufgeführt sind des Weiteren ad-hoc-Arbeitsgruppen, die jeweils nur für einen speziellen Zweck zusammentraten.

Zur Frage nach den Kosten wird darauf hingewiesen, dass sich eine vollständige Ermittlung sehr schwierig gestaltet. Häufig fielen nur Reisekosten an. Eine Zusammenstellung sämtlicher Reisekosten von Mitarbeitern des Freistaates Bayern würde einen unverhältnismäßigen Aufwand erfordern, da jeweils eine Durchforstung der Reisekostenabrechnungen in den einzelnen Behörden notwendig wäre. Soweit die Ressorts eine vollständige Abrechnung nachweisen konnten, sind die Kosten aufgenommen. In vielen Fällen war dies jedoch in der Kürze der Zeit nicht möglich. Die Bayerische Staatsregierung hat sich folgender Beiräte und Kommissionen in der 14. Legislaturperiode bedient:

1. Industriebeirat
Es wurden keine Honorare oder Aufwandsentschädigungen gezahlt.
2. Energiebeirat
Es wurden keine Honorare bezahlt. Reisekosten an Externe wurden nicht erstattet.
3. Beirat des Bayerischen Energie-Forums
Es fielen keine Kosten an.
4. Energiedialog
Der Energiedialog Bayern wurde auf Wunsch des Bayerischen Landtags von September 2000 – September 2001 durchgeführt (LT-Drs. 14/1581). Für das Moderatorenteam, die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung von insg. 7 Dialogsitzungen, deren Abwicklung einschließlich Schlussbericht wurden 153.386,03 € bezahlt.
5. Beirat externer Berater (IuK)
Es fielen keine Kosten an.
6. Internetbeirat
Es fielen keine Kosten an.
7. Arbeitskreis eGovernment des Internetbeirats
Es fielen keine Kosten an.
8. Arbeitskreis eSecurity des Internetbeirats
Es fielen keine Kosten an.
9. Electronic-Sourcing-Forum (esf)
Es fielen keine Kosten an.
10. Auswahlgremium LEADER+
Bislang wurden 1.085 € ausgegeben.
11. ExpertenInnengruppe - Entwicklung von Fördergruppen für bürgerschaftliches Engagement in Bayern
Es wurden 36.123 € gezahlt.

12. Landesbeirat für Familienfragen
Es fielen keine Kosten an.
13. Wissenschaftlich-Technischer Beirat (WTB)
In den Jahren 1999-2003 wurden 294.668 € ausgegeben. Dabei handelte es sich um Kosten für Veröffentlichungen, Präsentationen, Sitzungskosten sowie Auslagen und Reisekosten. Davon wurde u. a. 1999 eine Studie „Electronic Commerce - Chancen für den bayerischen Mittelstand“ bei F.A.S.T e.V. (Forschungsinstitut für Angewandte Software Technologie e.V.) für 76.693 € finanziert.
14. Software-Forum Bayern
Kosten fielen nicht an.
15. Evaluierungsgremium für die landwirtschaftlichen Landesanstalten
Es wurden 91.557,60 € bezahlt.
16. Deregulierungskommission (Henzler-Kommission)
Der Gesamtaufwand betrug 171.000 €. Darin waren neben Reisekosten und Aufwandsentschädigungen zwei Gutachten enthalten zur Konzeption einer Online-Umfrage und zur praktischen Durchführung. Außerdem wurden der Geschäftsstelle der Deregulierungskommission eine Sekretärin, zwei Beamte des höheren Dienstes und zeitweise zwei weitere Mitarbeiter zur Verfügung gestellt.
17. Bioethik-Kommission
Seit Einsetzung der Kommission sind 35.148,16 € ausgegeben worden.
18. Internationale Expertenkommission für das Elitenetzwerk Bayern
19. Expertengruppe Begabtenförderung für das Elitenetzwerk Bayern
Es fielen keine Kosten an.
20. Informatikkommission
Die Gesamtkosten betragen 25.213 € (einschließlich Unterkommission Wirtschaftsinformatik).
21. Unterkommission Wirtschaftsinformatik
s. Nr. 20
22. Kommission zur Evaluierung des Ungarischen Instituts München
Der Aufwand belief sich auf 2.306,74 €.
23. Rat für Wissenschaft und Forschung
24. Arbeitsgruppe „Energieforschung“ des Rates für Wissenschaft des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst
25. Ausschuss für Geographie des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst
26. Gutachtergruppe „Rechtswissenschaft“ des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst
27. Ausschuss für Indogermanistik des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst
28. Ausschuss für Erziehungswissenschaften des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst
29. Ausschuss für Rechtswissenschaft des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst
30. Ausschuss für Slavistik des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst
31. Ausschuss für Wirtschaftswissenschaften des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst
32. Arbeitsgruppe asiatische und afrikanische Kulturen des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst
33. Arbeitsgruppe Nahe Östliche und Europäische Kulturen des Rates für Wissenschaft und Forschung des Bayerischen Staatsministers für Wissenschaft, Forschung und Kunst
34. Projektteam „Denkmalschutzrecht und Denkmalschutzverwaltung“
35. Gutachterkommission für die Evaluierung bayerischer Forschungsverbände
Im Vorfeld neuer Forschungsverbände werden jeweils Gutachtergruppen aus außerbayerischen Experten eingerichtet. Für folgende Forschungsverbände wurden seit 1998 Gutachterkommissionen eingesetzt:
- Bayerischer Forschungsverbund Area-Studies (FORAREA)
 - Bayerischer Forschungsverbund für Biomaterialien (FORBIOMAT)
 - Bayerischer Forschungsverbund Erhöhte UV-Strahlung in Bayern – Folgen und Maßnahmen (BayFORUV)
 - Forschungsverbund Ost- und Südosteuropa (FOROST)
 - Bayerischer Klimaforschungsverbund (BayFORKLIM)
 - Bayerischer Forschungsverbund Wirtschaftsinformatik (FORWIN)
 - Forschungsverbund Verkehr- und Transportsysteme (FORVERTS)
 - Bayerischer Forschungsverbund Situierung, Individualisierung und Personalisierung in der Mensch-Maschine-Interaktion (FORSIP)
 - Bayerischer Forschungsverbund Turbulente Verbrennung (FORTVER)
 - Bayerisches Genomforschungsnetzwerk
- Für die unter Nr. 23 – 35 aufgeführten Gremien des Wissenschaftsministeriums sind in der 14. Legislaturperiode Kosten von insgesamt 177.445,75 € entstanden.
36. Tierarzneimittel-Fachbeirat
Die Kosten betragen ca. 100 € pro Jahr.
37. Tierschutzbeirat
Die Kosten betragen ca. 100 € pro Jahr.
38. Fachausschuss sichere Schlachttechniken
Die Kosten betragen ca. 100 € pro Jahr.
39. Internationale Länderkommission Kerntechnik (ILK)
1999 – 2003 wurden 1.389.433,70 € bezahlt. Der Hauptanteil entfiel auf die Geschäftsstelle.

Zu 5.:

Es wird auf die im Landtag vorhandenen Sitzungsunterlagen verwiesen.

Zu 6.:

Sämtliche Gutachten und Studien, die die Bayerische Staatsregierung in Auftrag gegeben hat, wurden sorgfältig ausgewertet. Die Vorschläge wurden umgesetzt, soweit es sinnvoll und zweckmäßig erschien und haushaltsmäßige sowie rechtliche Gründe nicht entgegenstanden. Nahezu alle Gutachten, Studien und Berichte, die in Ziff. 1 aufgeführt wurden, haben ihren Niederschlag in der bayerischen Politik der 14. Legislaturperiode gefunden.

Besonders hervorzuheben sind:

- Gutachten zur Erreichbarkeit des Rettungsdienstes in Bayern
Es wurde Grundlage für das Gesetz zur Einführung integrierter Leitstellen vom 25. Juli 2002.
- Gutachten zur Erstellung eines Standards zum Austausch von Dokumenten, Vorgängen und Akten zwischen Dokumentenmanagementsystemen
Damit wurde die Grundlage für die verbindliche Einführung eines Standards im Rahmen der eGovernment-Initiative der Bayerischen Staatsregierung gelegt.
- Gutachten zur Auslagerung von IT-Betriebsaufgaben im Bereich der Justiz
Es führte zu umfangreichen Outsourcingmaßnahmen im IT-Bereich.
- Leistungsvergleich zwischen den Finanzämtern (gemeinsames Projekt mit Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen)
Mit dem flächendeckenden Vergleich aller geeigneten Arbeitsbereiche, der Entwicklung von Kennzahlensystemen, Vergleichsinstrumenten und einem automatisierten Berichtswesen konnte ein outputorientiertes Qualitätscontrolling mit dezentralen Strukturen geschaffen werden. Die knappen Personalressourcen in den Finanzämtern werden damit deutlich effizienter eingesetzt als zuvor.
- Untersuchung zur Organisationsumstrukturierung im IT-Bereich der Oberfinanzdirektionen
Damit wurden Schwachstellen in der bestehenden IT-Organisation herausgearbeitet und sehr effiziente Lösungsvorschläge unterbreitet. Sie werden in das Konzept zur Neustrukturierung des IT-Bereichs der bayerischen Steuerverwaltung eingearbeitet.
- Gutachten über die strukturellen Auswirkungen des Flughafens München auf sein Umland
Die Flughafenregion entwickelt sich zu einer der dynamischsten Wirtschaftsregionen Deutschlands. Das beeinflusst die Siedlungs- und Raumstruktur nachhaltig. Mit dem Struktur- und Verkehrsgutachten konnte eine wichtige Informationsgrundlage für einen Dialogprozess im Flughafenumland und für künftige Planungsentscheidungen in der Region erarbeitet werden. Gemeinsam mit den 71 Gemeinden des Flughafenumlandes wurde ein regional abgestimmtes Entwicklungskonzept für das Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum erarbeitet.

- Gutachten zur EU-Osterweiterung
Damit wurde für die betroffene Grenzregion ein Vorschlagspaket erarbeitet, um Wirtschaft und Arbeitsmarkt zu stärken. Ergebnis war ein mit 100 Mio. € dotiertes „Ertüchtigungsprogramm Ostbayern.“
- Bürgergutachten zum Verbraucherschutz und zur Gesundheit
Die Arbeiten sind noch nicht abgeschlossen. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen bei der künftigen politischen Schwerpunktsetzung berücksichtigt werden.
- Betriebsbefragungen für das Betriebspanel Bayern
In Zusammenarbeit mit dem Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit wurden wichtige beschäftigungspolitische Themen, wie z. B. Qualifikations- und Personalstruktur, Ausbildungssituation, Personalbedarf und Beschäftigungsentwicklung in bayerischen Betrieben eruiert. Mit den repräsentativen Aussagen können arbeitsmarktpolitische Weichenstellungen getroffen werden, die sich speziell auf die betrieblichen Bedürfnisse hin ausrichten.
- Gutachten des Evaluierungsgremiums für die landwirtschaftlichen Landesanstalten
Damit wurde die Neustrukturierung der Anstalten im Bereich des StMLF vorbereitet. Die 10 bayerischen Landesanstalten wurden zu nur noch 3 Einrichtungen zusammengefasst. Dadurch konnten erhebliche Synergiepotenziale erschlossen werden. Die 1.332 Stellen im Bereich Landwirtschaft wurden um 25 % auf 1.000 reduziert.
- Schlussbericht der Henzlerkommission
Der Bericht ist Grundlage für die umfassenden Deregulierungsarbeiten der Bayerischen Staatsregierung. Eine ganze Reihe von Maßnahmen ist bereits auf den Weg gebracht. So wurden z. B. Bundesratsinitiativen zur Arbeitsstättenverordnung, zur One-Stop-Agency und zum Small-Company-Act gestartet. Als nächster Schritt sind Erleichterungen und Beschleunigungen bei Genehmigungsverfahren geplant. Die Umsetzung wird noch einige Zeit in Anspruch nehmen, da die Kommission eine Fülle von Vorschlägen unterbreitet hat, die nur schrittweise auf ihre Realisierbarkeit hin geprüft und umgesetzt werden können.

Zu 7.:

Vorbemerkung:

In der Antwort sind ausschließlich Unternehmen aufgelistet, an denen der Freistaat Bayern Mehrheitsgesellschafter ist (d. h. Beteiligung mehr als 50 %). Außerdem wurden Staatsbetriebe i. S. v. Art. 26 BayHO aufgenommen, die im Wettbewerb stehen, wie z. B. Staatl. Hofbräuhaus und Brauerei Weihenstephan. Erfasst wurden Aufträge mit einem Volumen über 25.000 €, bei denen der Freistaat Bayern über die Aufsichtsorgane der Gesellschaft oder als Gesellschaftervertreter mit der Auftragserteilung befasst war. Aufträge, die die Geschäftsleitung des Unternehmens selbst ohne Beteiligung der Aufsichtsgremien oder des Gesellschafters Freistaat Bayern vergeben hat, sind in der Auflistung nicht enthalten.

Zu den Kosten der Beratungen gilt das zu Ziff. 2 Gesagte.

Folgende Gutachten/Studien/Berichte wurden danach in der 14. Legislaturperiode von Unternehmen vergeben, an denen der Freistaat Bayern mehrheitlich beteiligt ist:

Unternehmen	Auftragnehmer	Zweck
LfA	Management Team Unternehmensberatungs- GmbH, München	Organisationsgutachten (im Zusammenhang mit ORH-Bericht)
Hofbräuhaus/Brauerei Weihenstephan	Unternehmensberatung Weihenstephan GmbH, Freising	Erstellung eines Gutachtens über die Kooperation zwischen den staatlichen Brauereien Hofbräuhaus und Weihenstephan
Hofbräuhaus/Brauerei Weihenstephan	Prof. Dr. Hans Dieter Kalscheuer, München	Beratungsleistungen bei Erstellung und Umsetzung des Kooperationskonzeptes für die beiden staatlichen Brauereien Hofbräuhaus und Weihenstephan
Flughafen München	Kienbaum Management Consultants, Gummersbach	Markterhebung erfolgsabhängige Vergütung
Flughafen München/LfA	MVP Versuchs- und Planungsgesellschaft für Magnetsysteme München	Vorstudie zur Machbarkeit einer Magnetschnellbahn zwischen Flughafen und Hauptbahnhof München
LfA	Kienbaum, Gummersbach	Marktanalyse zu monetären und nicht monetären Vergütungen
Bayer. Eisenbahngesellschaft	ifb, Köln	Untersuchung zur Wirtschaftlichkeit des SPNV in Bayern
Bayer. Eisenbahngesellschaft	Regio Rail (Mannheim)	INTERREG – II. Gutachten zur Außerfernbahn
Bayer. Eisenbahngesellschaft	sma (Zürich), Intraplan (München)	Gesamtnetzuntersuchung S-Bahn Nürnberg
Bayer. Eisenbahngesellschaft (zus. mit DB und AVV)	sma, Zürich	Gutachten für ein Regionalverkehrskonzept Großraum Augsburg
Bayerische Landessiedlung GmbH (BLS)	Roland Berger und Partner GmbH, München	Strategische Neupositionierung der BLS
Bayerische Landessiedlung GmbH (BLS)	Roland Berger und Partner GmbH, München	Umsetzung der Neustrukturierung/ Businessplanung
Bayer. Eisenbahngesellschaft (BEG) zus. mit dem MVV	Intraplan, München	Gutachten zur S-Bahn-Linie A
Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG)	Intraplan, München, und Omniphon, Leipzig	Potentialanalyse für Ausschreibungsprojekt IR 25-Ersatz
Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG)	IVV, Aachen	Verkehrliche Untersuchung des Ausschreibungsprojekts ABS/NBS
Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG)	Omniphon, Leipzig	Verkehrserhebung Kahlgrundbahn

Zu 8.:

Folgende Aufträge sind in der 15. Legislaturperiode vergeben worden bzw. geplant:

- Unterstützung des Freistaates Bayern bei der Privatisierung der Regental AG
- Überprüfung von Möglichkeiten der strukturellen Neugestaltung der GSB-Sonderabfall Entsorgung Bayern GmbH
- Konjunkturtest Bayern
- Evaluierung des Bayer. Mittelstandskreditprogramms (MKP)
- Gutachten zur Neuordnung der Beseitigung tierischer Nebenprodukte und der Organisation der Tierkörperbeseitigungsanstalten in Bayern
- Gutachten zum Vergleich verschiedener Rechtsformen für einen ausgegliederten Staatsforstbetrieb
- Ermittlung verkehrsspezifischer Kostensätze für die Berechnung von Ausgleichsansprüchen nach § 45 BPefG

Schriftliche Anfragen I und II

des Abgeordneten **Dr. Martin Runge**

vom 26. Februar 2004

Zu 1.:

Vorbemerkung:

Die Auflistung enthält die von den obersten Dienstbehörden (Staatsministerien und Staatskanzlei) in Auftrag gegebenen Beratungen. Dabei wurden alle Aufträge aufgenommen, deren Volumen die VOL/A-Grenze von 25.000 € überschritten hat. Maßgeblich war des Weiteren, dass sie auf ein Umsteuern im Verwaltungshandeln, auf Änderungen in der Verwaltungsorganisation oder auf die Vorlage von Gesetzentwürfen zielten, wie in Frage 6 vorgegeben. Ausgenommen wurden daher Rechtsgutachten zur Vorbereitung oder Durchführung gerichtlicher Verfahren, rein wissenschaftliche Projektbegleitungen sowie Gutachten, zu deren Erstellung die Staatsregierung verpflichtet ist, wie z.B. Evaluierungen bei Förderungen mit EU-Mitteln zur Vorlage bei der EU-Kommission.

In Tabelle a) sind Beratungsleistungen zu ressortübergreifenden oder allgemein politischen Themenstellungen sowie Untersuchungen zur Vorbereitung grundsätzlicher Entscheidungen aufgeführt. Tabelle b) enthält fachliche Beratungen, die die Ressorts zur Umsetzung ihrer fachpolitischen Aufgaben in Auftrag gegeben haben.

Ergänzend wurden darüber hinaus auf Grund der zweiten Anfrage von MdL Dr. Runge in Tabelle c) rein technische Beratungen aufgelistet, obwohl sie – im Gegensatz zu Frage 1 von MdL Dr. Runge – in der Regel nicht auf die Erstellung von „Gutachten, Studien und Berichten“ zielen. Nicht aufgenommen wurden reine Werkverträge, die einen klar umrissenen technischen oder künstlerischen Auftrag haben, z.B. Erstellung einer bestimmten Software oder eines Internetportals ohne Zulieferung von Content. Die Abgrenzung gestaltet sich zuweilen sehr schwierig. Es bestehen fließende Übergänge zwischen einfachen Werkverträgen und Dienstleistungen zur Umsetzung politischer Entscheidungen einerseits sowie Aufträgen mit Beratungscharakter andererseits, vor allem im IT-Bereich.

a) Allgemeine Beratungen

Auftragnehmer	Zweck	Ressort
Fast e.V., München	Nutzung von Electronic Commerce durch bayer. Unternehmen (Vergabe im Auftrag des Wissenschaftlich-Technischen Beirats)	Staatskanzlei
Evaluierungsgremium für die landwirtschaftlichen Landesanstalten	Evaluierung der landwirtschaftlichen Landesanstalten und der Fachhochschule Weihenstephan, Neustrukturierung, Nutzung von Kooperations- und Synergiepotentialen	Staatskanzlei
Universität Würzburg	Erstellung eines Konzepts z. Einführung von eGovernment in Bayern mit Folgeauftrag	Staatskanzlei
Henzler-Kommission	Verwaltungsvereinfachung, Beseitigung von Hemmnissen für die Wirtschaft durch Deregulierung	Staatskanzlei
balters.com., Düsseldorf	Konzeption einer Online-Umfrage für die Deregulierungskommission	Staatskanzlei
h.com-networkers, Düsseldorf	Konzeption für eine allgemein gültige Websoftware und eine Website für die Deregulierungskommission	Staatskanzlei
T-Systems	Zentralisierung der Rechenzentren	Staatskanzlei
Gruppe f. sozialwissenschaftliche Forschung/Rolf Romas, München	Evaluation „Soziale Stadt“	Staatsministerium des Innern
Forschungsgruppe Stadt+Dorf/ Prof. Schäfer GmbH, Berlin	30 Jahre Städtebauförderung/Wirkungsanalyse	Staatsministerium des Innern
Schäuble Institut für Sozialforschung, München	Diskursive Bürgerbeteiligung Baustein 1	Staatsministerium des Innern
Schäuble Institut für Sozialforschung, München	Diskursive Bürgerbeteiligung Baustein 2	Staatsministerium des Innern
Kienbaum Management Consultants GmbH, Düsseldorf	Begleitung der vom Staatsministerium der Finanzen durchgeführten Untersuchung der Aufgaben-, Organisations- und Personalstruktur der Schlösserverwaltung	Staatsministerium der Finanzen

arf Gesellschaft für Organisationsentwicklung mbH, Nürnberg	Vorschläge für ein ressortübergreifendes Controlling-Gesamtkonzept	Staatsministerium der Finanzen
arf Gesellschaft für Organisationsentwicklung mbH, Nürnberg	Begleitung der ressortübergreifenden Vertiefungsworkshops für ein Controlling-Gesamtkonzept	Staatsministerium der Finanzen
CSC Ploenzke AG, München	Begleitung der 7 Regionalkonzepte im Rahmen der Hightech-Offensive Bayern	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
ifo-Institut, München	Beschreibung und Analyse bayerischer Regionen	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
GfK Marktforschungs GmbH, Nürnberg	Stand und Entwicklungsperspektiven des Großraums Nürnberg	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
ifo-Institut, München	Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Bayern	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
GfK Marktforschungs GmbH, Nürnberg	Stand und Entwicklungsperspektiven des Regierungsbezirks Oberfranken	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Ludwig-Maximilians-Universität München	Gutachten Dienstleistungsstandort Bayern	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung, Stuttgart	Energieverbrauchsprognose für Bayern mit 2 Ergänzungsgutachten	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Akademie für Technikfolgenabschätzung und Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung, jeweils Stuttgart	Energiedialog Bayern	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Boston Consulting Group, München	Benchmarking für die Biotech-Region München, Stärken-/Schwächen-Profil im Vergleich zu nationalen und internationalen Wettbewerbern	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Boston Consulting Group, München	Gutachten Automobilzuliefererstandort Hochfranken	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Arbeitsgemeinschaft Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum, München, und ifo-Institut, München	Gutachten über die strukturellen Auswirkungen des Flughafens München auf sein Umland (zus. mit StMLU, Flughafen München GmbH, Lkr. Freising und Erding)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Boston Consulting Group, München	Masterplan für die Biotech-Region München	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
RRV-GmbH, Bayreuth	EU-Osterweiterung, mögliche Auswirkungen auf das bayerische Grenzland	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Universität Kaiserslautern	Bilanz und Perspektiven des grenzüberschreitenden Regional- und Projektmanagements im bayerisch-tschechischen Grenzraum	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Cap Gemini Ernst & Young, Stuttgart	Biotech-Standort Bayern (Analyse sowie Verbesserungsmöglichkeiten)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Econ Consult, Köln	Imageanalyse Oberpfalz	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Institut f. empirische Sozialökonomie INIFES, Stadtbergen	Bevölkerungsrückgang und unausgeglichene regionale Arbeitsmärkte – Handlungsimpulse im Rahmen des Regionalmanagements	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Institut für Praxisforschung Projektbegleitung (IPP), München	Wissenschaftliche Begleitung der Modellversuche Bürgerarbeit	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Squadra Consult, München	Leitlinien einer Kommunikationsstrategie für das Staatsministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (ehem. StMGEV)
Bergische Universität, Wuppertal	Bürgergutachten zum Verbraucherschutz in Bayern	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (ehem. StMGEV)
Fa. Sturm und Weilmeier GmbH, München/Landshut	Bürgergutachten für Gesundheit	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (ehem. StMGEV)
Kienbaum Management Consulting GmbH, Düsseldorf	Untersuchung des Denkmalschutzrechts und der Denkmalschutzverwaltung	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

b) Fachspezifische Beratungen

Auftragnehmer	Zweck	Ressort
Prognos AG, Basel	Studie zur wirtschaftlichen Situation des lokalen Fernsehens in Bayern (Auftrag des Bayer. Landtags)	Staatskanzlei
FORPLAN Dr. Schmiedel GmbH, Bonn	Erreichbarkeit des Rettungsdienstes in Bayern, insbesondere über die Voraussetzungen, Möglichkeiten und Auswirkungen einer einheitlichen Notrufnummer 112 für die Feuerwehr und den Rettungsdienst in Bayern	Staatsministerium des Innern
Firma IABG mbH, Ottobrunn	Untersuchung der Organisationsstruktur des Kampfmittelbeseitigungsdienstes des Freistaats Bayern	Staatsministerium des Innern
Firma IABG mbH, Ottobrunn	Funknetzplanung für digitales Sprechfunknetz-Gutachten	Staatsministerium des Innern
Bergmann Engineering, Senden/Westfalen	Fachplanung für die Errichtung einer Lehrleitstelle in der Staatl. Feuerweherschule in Geretsried, Erarbeitung einheitlicher Planungsgrundlagen für die Planung und Ausschreibung der künftigen Integrierten Leitstellen	Staatsministerium des Innern
Durth Roos Consulting GmbH, Darmstadt	Optimierung der Standorte der Autobahnmeistereien in den Bereichen Würzburg, Nürnberg, Regensburg	Staatsministerium des Innern
Planungsgruppe Ökologie und Umwelt Hannover	Vorstudie, „Überprüfung von Standards bei Umweltbeiträgen zur Straßenplanung“	Staatsministerium des Innern

Fa. IABG mbH, Ottobrunn	Projektmanagement sowie fachliche Beratung für die Errichtung von 26 Integrierten Leitstellen	Staatsministerium des Innern
DaimlerChrysler AG, Stuttgart	Mitarbeit an der Projektvorbereitung und Projektkoordination einer privatwirtschaftlichen Verkehrsinformationsagentur Bayern	Staatsministerium des Innern
HB-Verkehrsconsult, München	Unterstützung bei der Gründung der Verkehrsinformationsagentur Bayern, Mitarbeit bei der Erstellung der Vergabeunterlagen, Projektorganisation während des Verhandlungsverfahrens	Staatsministerium des Innern
Dr. Schorling & Partner, Beratende Ingenieure, Vagen	Ausgangsbeurteilung der Luftqualität an bayerischen Autobahnen gem. 22. BImSchV	Staatsministerium des Innern
Heusch-Boesefeldt GmbH, Aachen	Projektbewertungen für 5.Ausbauplan für Staatsstraßen in Bayern	Staatsministerium des Innern
Schüßler-Plan Ing.Gesellschaft für Bau- und Verkehrswegeplanung mbH, Frankfurt/M.	Standstreifen an der A 3 Frankfurt-Nürnberg im Abschnitt Landesgrenze bis Autobahnkreuz Fürth/Erlangen	Staatsministerium des Innern
Dorsch-Consult, München	Studie Kostengünstiges Bauen am Beispiel der A 8 zum sechsstreifigen Ausbau im Abschnitt München-Ulm	Staatsministerium des Innern
Weeber + Partner, Stuttgart	Nachuntersuchung „Mietwohnungen in Holzbauweise“ – sozialwissenschaftlicher Teil und Teil Bautechniken und Kosten	Staatsministerium des Innern
TU München	Forschungsvorhaben innerstädtische Einkaufszentren	Staatsministerium des Innern
Zentrum für Energie und Nachhaltigkeit im Bauwesen, Dübendorf (Schweiz)	Begleitforschung ökol. Mietwohnungsbau in München	Staatsministerium des Innern
TU München	Nachuntersuchung der Modellprojekte „Barrierefreies und integriertes Bauen“	Staatsministerium des Innern
TÜV-IT, Augsburg	Erstellung einer Machbarkeitsstudie für ein bundeseinheitliches EDV-Grundbuch (Vergabe zusammen mit 10 weiteren Ländern)	Staatsministerium der Justiz
Universität Erlangen-Nürnberg	Evaluation des Bayerischen Schlichtungsgesetzes und wissenschaftliche Begleitung/Auswertung des Modellversuchs „Außergerichtliche Streitbeilegung“ in Nürnberg	Staatsministerium der Justiz
Fa. Arthur Andersen Business Consulting GmbH, München	Erarbeitung eines Systems der Personalbedarfsberechnung in der ordentlichen Gerichtsbarkeit für den richterlichen, staats(amts-)anwaltlichen und Rechtspflegedienst (PEBB§Y I) und für den mittleren und Kanzleidienst sowie für den einfachen Dienst (PEBB§Y II) (Vergabe durch Justizministerium Baden-Württemberg, Freistaat Bayern ist am Projekt beteiligt)	Staatsministerium der Justiz
Lehmann Brothers Bankhaus AG, Frankfurt a. Main	Beratung im Zusammenhang mit Fusion VIAG/VEBA und Anteilsverkauf VIAG	Staatsministerium der Finanzen
Morgan Stanley Dean Witter, Frankfurt a. Main	Gutachten über die Angemessenheit des Kaufpreises für VIAG-Anteile	Staatsministerium der Finanzen
Kanzlei CMS Hasche Sigle Eschenlohr Peltzer, Frankfurt a. Main	Rechtsberatung im Zusammenhang mit Fusion VIAG/VEBA	Staatsministerium der Finanzen
Sal. Oppenheim, Köln	Strategiegutachten zur Privatisierung VIAG	Staatsministerium der Finanzen
Bayerische Treuhandgesellschaft AG, München	Vorbereitung und Durchführung Due Diligence-Prüfung, Staatliche Molkerei Weihenstephan AG	Staatsministerium der Finanzen

Bayerische Treuhandgesellschaft AG, München	Unternehmensbewertung Staatliche Molkerei Weihenstephan AG	Staatsministerium der Finanzen
Bayerische Treuhandgesellschaft AG, München	Prüfung Konzernstatus Staatliche Molkerei Weihenstephan AG	Staatsministerium der Finanzen
Sannwald & Jaenecke GmbH, München	Unterstützung des Freistaates Bayern bei der Privatisierung der Staatlichen Molkerei Weihenstephan AG	Staatsministerium der Finanzen
Anwaltsgemeinschaft Döser Amereller Noack, München	Rechtsberatung im Zusammenhang mit der Privatisierung der Staatlichen Molkerei Weihenstephan AG	Staatsministerium der Finanzen
Ifo-Institut München und ergänzend Zentrum für Europäische Wirtschaftsförderung (ZEW), Mannheim	Einwohnergewichtung auf Länderebene im Länderfinanzausgleich, ergänzend Einwohnergewichtung, Siedlungsdichte, Mehrbedarf (im Auftrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Nordrhein-Westfalen)	Staatsministerium der Finanzen
Prof. Dr. Walter Krebs, FU Berlin	Rechtswissenschaftliches Gutachten zum Rechtsstatus der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (zus. mit Niedersachsen u. Sachsen)	Staatsministerium der Finanzen
Prof. Dr. jur. Rudolf Wendt, Universität des Saarlandes, Saarbrücken	Anwendung des Deckungsquotenverfahrens und die Frage getrennter Regelkreise beim Familienleistungsausgleich/Rechtsgutachtliche Stellungnahme (im Auftrag der 16 Mitgliedsländer der Finanzministerkonferenz)	Staatsministerium der Finanzen
Kienbaum Management Consultants GmbH, Düsseldorf	Begleitung bei der flächendeckenden Einführung des Leistungsvergleichs zwischen Finanzämtern (gemeinsames Projekt der Länder Bayern, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Thüringen)	Staatsministerium der Finanzen
PwC Deutsche Revision AG, München	Unternehmensbewertung der Regentalbahn AG	Staatsministerium der Finanzen
Gesellschaft für Markt- u. Absatzforschung mbH, Erfurt; Planungsgruppe Trias, Augsburg	Raumordnerisches Entwicklungskonzept Coburg-Rödental-Neustadt-Sonneberg (zus. mit den betroffenen Gebietskörperschaften)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
LARS Consult, München; Lang + Burkhardt, München	Teilraumgutachten Münchner Süden (zus. mit den betroffenen Gebietskörperschaften)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Planungsgruppe Trias, Augsburg; Geoplan, Bayreuth	Raumordnerisches Entwicklungskonzept Burglengenfeld/Maxhütte-Haidhof/Teublitz (zus. mit den betroffenen Gebietskörperschaften)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Büro f. Ortsplanung u. Stadtentwicklung, Augsburg	Raumordnerisches Entwicklungskonzept Dillingen/Lauingen (zus. mit den betroffenen Gebietskörperschaften)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Büro für Orts- u. Regionalplanung, Ortenburg; Büro f. Freiraum- & Landschaftsplanung, Pram; Planungsgruppe Trias, Augsburg; Transver GmbH, München	Teilraumgutachten Passau/Schärding – Bestandsaufnahme, Stärken-Schwächen-Profil, Entwicklungsleitbild (zus. mit den betroffenen Gebietskörperschaften)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)

Büro f. Orts- und Regionalplanung, Ortenburg; Büro f. Freiraum- & Landschaftsplanung, Pram; Planungsgruppe Trias, Augsburg; Transver GmbH, München	Teilraumgutachten Passau/Schärding - Aktionsprogramm, Beginn der Umsetzung (zus. mit den betroffenen Gebietskörperschaften)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum, München; Ifuplan, München; Planungsgruppe Trias, Augsburg; Transver GmbH, München	Teilraumgutachten Erdinger Ostbündnis (zus. mit den betroffenen Gebietskörperschaften)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Kling Consult, Krumbach; Lang + Burkhardt, München; Bayerische Landessiedlung GmbH, München	Teilraumgutachten Mindeltal (zus. mit den betroffenen Gebietskörperschaften)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Büro Holl, Würzburg; Ingevost, München; Kling Consult, Krumbach; Universität Regensburg, Regensburg	Teilraumgutachten A 71 (zus. mit den betroffenen Gebietskörperschaften)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Identität & Image, Eggenfelden; Büro f. Ortsplanung u. Stadtentwicklung, Augsburg; Ingevost, München; FH Amberg-Weiden, Amberg	Raumordnerisches Entwicklungskonzept Maxhütte (zus. mit den betroffenen Gebietskörperschaften)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
IQ-Projektgesellschaft, Regensburg; Planungsgruppe Trias, Augsburg; Geoplan, Bayreuth; Pirkl-Riedel-Theurer, Landshut	Teilraumgutachten Regensburg (zus. mit den betroffenen Gebietskörperschaften)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Prognos + Simma GmbH, Basel	Effizienzuntersuchung von KMU-Beratungsprogrammen	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Salzburger Institut f. Raumordnung u. Wohnen, Salzburg; Lang + Burkhardt, München; CIMA GmbH, München; Planungsgruppe Trias, Augsburg	Grenzüberschreitendes Entwicklungskonzept Euregio Salzburg, Berchtesgadener Land, Traunstein (Auftragsvergabe zusammen mit den betroffenen Gebietskörperschaften)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Universität Bamberg	Grundlagenstudie zum Selbst- und Fremdimage der Region Bayerischer Untermain	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum, München	Nachhaltigkeits-Indikatoren für die Orts- und Regionalplanung	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Technische Universität München	Nutzungspotential ehemaliger Trinkwasseranlagen im Alpenbereich für Kleinwasserkraftwerke	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Technische Universität München	Wissenschaftliche Begleitung/Auswertung des Modellversuches Energiespar-Anstoßberatung durch das Bayerische Kaminkehrerhandwerk	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Europäisches Entwicklungszentrum für Binnen- und Küstenschifffahrt, Duisburg	Ermittlung der Transportleistung im ausgewählten Donauabschnitt zwischen Straubing und Vilshofen	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

TÜV Süddeutschland Bau und Betrieb GmbH, München	Brandschutz bei Bergbahnen	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
ifo-Institut, München	Ausbauevaluierung der bayerischen Donau Teil III: Prognosen für den Hafenumschlag	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Prof. Horst Hanusch, Universität Augsburg	Erfassung und Bewertung der Umweltwirkungen des Donauausbaus	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Gruppe Nymphenburg, München	Fitnessprogramm zur Stärkung der Innenstädte - Pilotprojekt Augsburg	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Gruppe Nymphenburg, München	Aktionsprogramm zur Förderung kreativer Milieus im Grenzland – Modellfall Kronach	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Ludwig-Maximilians-Universität München	Betriebsvergleich für das Gastgewerbe in Bayern (mit LfA, Bayer. Hotel- u. Gaststättenverband)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Sokoma GmbH, Frankfurt und PwC, München	Möglichkeiten einer zentralen EDV-Organisation für die betriebliche Altersversorgung unter besonderer Berücksichtigung des Mittelstands	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
KPMG Consulting GmbH, Hamburg	Maßnahmen zur Sicherung des Wettbewerbs auf dem ÖPNV-Markt in Bayern	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Dr. Kandler Wirtschaftsberatung, München	Wettbewerb auf dem ÖPNV-Markt in Bayern	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Europäisches Entwicklungszentrum für Binnen- und Küstenschifffahrt, Duisburg	Transportleistung und Nutzen-Kosten-Vergleich für den Ist-Zustand und die Donau-Ausbauvarianten A, C, D1 und D2	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Europäisches Entwicklungszentrum für Binnen- und Küstenschifffahrt, Duisburg	Transportleistung und Nutzen-Kosten-Vergleich für den Ist-Zustand und die Donau-Ausbauvariante B	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Hunziker & Zarn, Ingenieurbüro für Fluss- und Wasserbau, Aarau	Morphologische Entwicklung der Donau, zu erwartende Baggermengen zwischen Straubing und Vilshofen	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Prof. Horst Hanusch, Universität Augsburg	Donauausbau; Stellungnahme zu Gutachten und inhaltliche Ergänzung (Umwelteinwirkungen)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Dr. Ing. habil. Bernhart, Institut für Wasserwirtschaft und Kulturtechnik, Universität Karlsruhe	Bericht über relevante Fragen zur Verbesserung der Schifffahrtsverhältnisse an der bayerischen Donau; Flussbauliche Maßnahmen im Bereich Straubing – Hafen Sand, Ergebnisse zweidimensionaler Berechnungen	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Technische Universität München	Technische und logistische Maßnahmen zur weiteren Entwicklung der Verkehre über die deutschen und österreichischen Donauhäfen	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Ludwig-Maximilians-Universität München	Vergleichende Studie zur Gründungsförderung am MIT (Boston) und in München	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Arthur Andersen Business Consulting GmbH, München	Beratung im Zusammenhang mit der Erstellung des Geschäftsplans und der Klärung gesellschaftsrechtlicher Fragen bezüglich der ITEM GmbH am Zentrum für Biomedizinische Materialien/Garching	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Infratest Burke Sozialforschung, München	Länderstudie im Rahmen des Berichtssystems „Weiterbildung“ des BMFT	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Technische Universität München	Nutzungspotential ehemaliger Trinkwasseranlagen im Bereich des Bayerischen und Oberpfälzer Waldes für Kleinwasserkraftwerke	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Europäisches Entwicklungszentrum für Binnen- und Küstenschifffahrt, Duisburg	Ermittlung der Durchgangsfrequenz des Donauabschnitts zwischen Straubing und Vilshofen für den Ist-Zustand und die Ausbauvarianten A und C	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Technische Universität München	Gutachten über die verkehrlichen Auswirkungen des Flughafens München auf sein Umland (zus. mit OBB, Lkr. Freising und Erding, Flughafen München GmbH)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Forschungsgruppe Triesdorf, Weidenbach; RRV-GmbH, Bayreuth	Evaluierung des Regionalmanagements in Bayern	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Design Agentur f. konzeptionelle Werbung, Röckersbühl	Teilfortschreibung des LEP	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie (ehem. StMLU)
Institute for Safety and Reliability GmbH (ISaR GmbH), Garching	Neuere internationale Entwicklungen zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit der Kernenergie, insbes. Sicherheit und Übertragbarkeit dieser Ergebnisse auf bayerische Kernkraftwerke	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
MVP, München	Systemstudie People Mover	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
DE Consult/Obermeyer Planen und Beraten, München	Vergleichende Untersuchung Ausbau S-Bahn, Südring, 2. Innenstadtunnel (zus. mit der Landeshauptstadt München)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
TÜV Süddeutschland Bau und Betrieb GmbH, München	Schaffung von europäischen Normen für Sicherheitsanforderungen für Seilbahnen für das Jahr 2002	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
BPI Consult, München	Trassenuntersuchung zur Schienenanbindung des Flughafens München	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Europäisches Entwicklungszentrum für Binnen- und Küstenschifffahrt, Duisburg	Technisch-wirtschaftliches Konzept für dreilagigen Containertransport mit Binnenschiffen zwischen Koblenz und Regensburg	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Hunziker & Zarn, Ingenieurbüro für Fluss- und Wasserbau, Aarau	Donau Straubing-Vilshofen: Untersuchung der Unterhaltsbaggermengen bei unterschiedlichen Fahrrinntiefen	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Technische Universität München	Schiffahrtsversuche (Kurvenfahrten) in der Versuchsanstalt Oberrach	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Boston Consulting Group, München	Ausbau der Nanobiotechnologie in Bayern	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Gesellschaft für Konsumforschung, Nürnberg	Abgrenzung der Verflechtungsbereiche des innerstädtischen Einzelhandels	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Prognos AG, Basel	Entwicklungstrends und Chancen ausgewählter bayerischer Industriebranchen	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
FGM Fördergesellschaft Marketing e.V. an der LMU	Zukunft des bayerischen Tourismus	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
TUM-Tech GmbH, München	Ausgestaltung der Betriebsgesellschaft des Automobiltechnikums Hochfranken	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Institut für Energiewirtschaft und Rationelle Energieanwendung, Stuttgart	Nachhaltige Entwicklung der Energieversorgung in Deutschland, Auswirkungen auf Bayern mit besonderer Berücksichtigung der Konsequenzen des Kernenergieausstiegs	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Institute for Safety and Reliability GmbH/ISaR GmbH, Garching	Weiterentwicklung technischer Regelwerke zur wirtschaftlichen und sicherheitstechnischen Optimierung des Betriebs bayerischer Kernkraftwerke	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
MVP München	Systemstudie Spurbussystem	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Europäisches Entwicklungszentrum für Binnen- und Küstenschifffahrt, Duisburg	Verkehrssicherheit der Fahrgastschiffe auf den bayerischen Seen (Chiemsee, Starnberger See)	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Europäisches Entwicklungszentrum für Binnen- und Küstenschifffahrt, Duisburg	Niedrigwasseranalyse für den Donauabschnitt Straubing-Vilshofen	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
ifo-Institut, München	Prognosen des Hafenumschlags in den bayerischen Häfen	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Deutsche Bank, Frankfurt	Finanzierungskonzept für die Magnetbahnstrecke vom Hauptbahnhof zum Flughafen	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Arthur D. Little GmbH, Wiesbaden (ADL)	Evaluation des Forschungsprogramms „Neue Werkstoffe in Bayern“	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
McKinsey & Company Inc., München	Weiterentwicklung des Satellitennavigations-Standorts Bayern	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
TÜV Süddeutschland Bau und Betrieb GmbH, München	Schaffung von europäischen Normen über Sicherheitsanforderungen für Seilbahnen für das Jahr 2003	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
PUBLIKOM Advertising Network, München	Konzeption und Erstellung des Internetportals der Task Force Fußball-WM 2006	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie mit Staatsministerium für Unterricht und Kultus
Universität Stuttgart und TÜV Süddeutschland Bau und Betrieb GmbH, München	Sicherheitsanalyse und Risikovergleich von Pendelbahnen mit und ohne Trageseilbremse	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
GIF Gesellschaft für Luftverkehrsforschung, Berlin	Bewertung der Belastung von Städten und Gemeinden durch Fluglärm im Umfeld des Flughafens München	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Ifo-Institut, München	Konjunkturtest Bayern 1998 - 2004	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
TÜV Süddeutschland Bau und Betrieb GmbH, München	Schaffung von europäischen Normen für Sicherheitsanforderungen für Seilbahnen für 2004	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Institut für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung Halle- Leipzig e.V., Halle	Konzeption der Bildungsmaßnahmen und Beratung der Telezentren sowie der Bildungsträger	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
Behörden Online (bol) GmbH, München	Projektmanagement top elf	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
Mummert und Partner, Hamburg	Schlussevaluierung top elf	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
Horvath & Partners, München	Aufstellung einer Balanced Scorecard im Rahmen der Leitstrategie der bayerischen Staatsforstverwaltung	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
Ludwig-Maximilians-Universität München	Gefährdung von Tier und Mensch durch BSE und vCJK (Risikoanalyse)	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (ehem. StMGEV)
Fa. Deborate GmbH, Brunthal	Wasserwirtschaftliche Vorhabens- und Leistungsdatei, lfd. Anpassung	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
TU München-Weihenstephan	Gutachten: „Risikowahrnehmung, Risikobewusstsein, Risikoakzeptanz“	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
LMU München	Historische Analyse von Naturgefahren im Alpenraum	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
LMU München	Teilprojekt im Projekt „DisAlp“: Ereignisdokumentation von alpinen Naturgefahren	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
TU München-Weihenstephan	Konfliktanalyse bei der Festsetzung von Überschwemmungsgebieten	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Cenas AG, Kulmbach	Pilotstudie „Informations- und Transferzentrum für Lebensmittelsicherheit/-technologie (ITL) Kulmbach“	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (ehem. StMGEV)
Tiergesundheitsdienst Bayern e.V., Poing	Erforschung des Vorkommens von Salmonellen- Antikörpern in bayerischen Schlachtschweinen und von Salmonellen in Schweinefutter und bei Mastferkeln sowie Erforschung epidemiologischer Aspekte zur Analyse der Eintragsquellen, zu unterstützenden Faktoren und zu Methoden der Abstellung von Infektionsquellen anhand von Betrieben mit nachgewiesenem Salmonellenbefall	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (ehem. StMGEV)
LMU München	Forschungsprojekt „Überprüfung des möglichen Eintrags von Rückenmarksanteilen während des Schlachtprozesses vor und nach dem Absaugen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Sägetechniken“	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (ehem. StMGEV)
INIFES, Internationales Institut für empirische Sozialökonomie GmbH, Stadtbergen	Betriebsbefragungen für das Betriebspanel Bayern 2001, 2002 und 2003 (zus. mit dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit)	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

Bayerischer Kommunalen Prüfungsverband	Personalbemessungssystem für die forensischen Kliniken in Bayern	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Klinikum Innenstadt München (LMU)	Evaluation des Modellprojektes „Ambulante Sicherungsnachsorge“	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Institut für Therapieforschung gemeinnützige GmbH, München	Auswirkungen und Risiken unkonventioneller Psycho- und Sozialtechniken	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Fa. Economix Research & Consulting, Gräfelfing	Effektivität und Effizienz des Förderprogramms zur Insolvenzberatung nach § 305 Insolvenzordnung	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Institut für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA), Nürnberg	Entwicklung, Prüfung und Erprobung effizienter Finanzierungsmöglichkeiten für den Kindergarten- und Hortbereich 1999-2002	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Managementcare, Benediktbeuern	Entbürokratisierung Pflegedokumentation	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Kath. Stiftungsfachhochschule München	Forschungsprojekt zur Ermittlung von Zufriedenheitsparametern in vollstationären Einrichtungen	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Aufschwung alt, München	Innovative Konzepte in der stationären Altenhilfe für die Betreuung demenziell erkrankter älterer Menschen	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Institut für Beziehungsmarketing und Individualökonomie (IBI) Rüdiger Bauer, Unterostendorf	Evaluierung Fortbildungsprogramm „Heimmanagement“	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Institut für soziale und kulturelle Arbeit (ISKA), Nürnberg	Entwicklung, Prüfung und Erprobung effizienter Finanzierungsmöglichkeiten für den Kindergarten und Hortbereich 2002 - 2004	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Projektgruppe „Sozialbericht Bayern“, Federführung: Infratest BURKE Sozialforschung GmbH, München	Bayerischer Sozialbericht	Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen
Fa. ISB AG, Karlsruhe	Ist-Analyse sämtlicher Phasen des Verfahrens „Amtliche Schuldaten“	Staatsministerium für Unterricht und Kultus

c) Technische Beratungen

Auftragnehmer	Zweck	Ressort
ICB, München	Neugestaltung des Datennetzes der Staatskanzlei, Entwurfs- und Ausführungsplanung, Vorbereitung, Mitwirkung bei Auftragsvergabe sowie Überwachung der Ausführung des Auftrags	Staatskanzlei
IBM, Stuttgart	Unterstützung bei Organisation und Durchführung der Ministerpräsidentenkonferenz durch IT-Verfahren auf eigenem Server	Staatskanzlei
Squadra Consult, München	Systemauswahl für die Servicestelle der Bayerischen Staatsregierung, Projektplanung, Projektmanagement, Unterstützung bei der Ausschreibung sowie Überwachung bei der Implementierung der Systemsoftware	Staatskanzlei

servicesite, Duisburg	IT-Ausstattung für die Servicestelle der Bayerischen Staatsregierung, Softwareintegration, Schulungen, Unterstützung bei der Computer-Telefonie-Integration	Staatskanzlei
bbs-Projekt AG, Tiefenbach	Vorbereitung der Ausschreibung der Telefonanlage in der Servicestelle in der Bayerischen Staatsregierung, ingenieurtechnische Betreuung bei der Erneuerung sämtlicher Telefonanlagen im Zusammenhang mit der Anbindung der Servicestelle	Staatskanzlei
INFORA GmbH, München	Erstellung eines Standards zum Austausch von Dokumenten, Vorgängen und Akten zwischen Dokumentenmanagementsystemen	Staatsministerium des Innern
Oracle Deutschland GmbH, München	Einführung eines KLR-Systems in der Allgemeinen Inneren Verwaltung	Staatsministerium des Innern
Oracle Deutschland GmbH, München	Technische Unterstützung beim Betrieb und der Weiterentwicklung des KLR-Systems im nachgeordneten Bereich des StMI (Allgemeine Innere Verwaltung)	Staatsministerium des Innern
INFORA GmbH, München	Erstellung der XML-Schemata für den Standard zum Austausch von Dokumenten, Vorgängen und Akten zwischen Dokumentenmanagementsystemen	Staatsministerium des Innern
Secartis AG, Grasbrunn	Evaluierung der PKI-Infrastruktur des Freistaates Bayern (insbes. Infrastruktur für die Erstellung und Ausgabe von informationstechnischen Sicherheitszertifikaten)	Staatsministerium des Innern
INFORA GmbH, München	Unterstützung und Beratung bei der Ausschreibung eines Dokumentenmanagementsystems für die Staatsverwaltung	Staatsministerium des Innern
Oracle Deutschland GmbH, München	Technische Unterstützung beim Betrieb und der Weiterentwicklung des KLR-Systems im nachgeordneten Bereich der Obersten Baubehörde	Staatsministerium des Innern
INFORA GmbH, München	Auslagerung von IT-Betriebsaufgaben (Outsourcing)	Staatsministerium der Justiz
debis Systemhaus, München	Auswahl eines Leitverfahrens (IT-Fachverfahren für Gerichte)	Staatsministerium der Justiz
INFORA GmbH, München	Erstellung eines Grobkonzepts zur flächendeckenden IT-Ausstattung der bayerischen Justiz	Staatsministerium der Justiz
Fast GmbH, München	Auswahl eines anwendungsübergreifenden Textsystems	Staatsministerium der Justiz
CSC Ploenzke AG, München	Konzept „Technische Basis“ für das Projekt bajTECH 2000	Staatsministerium der Justiz
CSC Ploenzke AG, München	Betriebskonzept für bayTECH	Staatsministerium der Justiz
CSC Ploenzke AG, München	Betreuungskonzept für bayTECH	Staatsministerium der Justiz
CSC Ploenzke AG, München	IT-Sicherheitskonzept für bayTECH	Staatsministerium der Justiz
Infora GmbH, München	Feinkonzept zur Beschreibung der UHD-Kernprozesse	Staatsministerium der Justiz
CSC Ploenzke AG, München	Konzept „Sichere Außenanbindung des Justiznetzes“	Staatsministerium der Justiz
KPMG Consulting GmbH, München (heute: bearing point)	Erarbeitung eines KLR-Rahmenkonzeptes für den Freistaat Bayern, spezielle Fachkonzepte für die ersten Pilotanwender, Unterstützung bei der KLR-Software-Auswahl, fachliche Begleitung bei der Implementierung der Software	Staatsministerium der Finanzen

KPMG Consulting GmbH, München (heute: bearing point)	Aufbau eines KLR-Referenzmodells , Zeitaufschreibung/Anlagenbuchhaltung, Implementierung in den ersten Pilotbehörden zuzüglich spezifisches Fachkonzept für die Wasserwirtschaftsverwaltung	Staatsministerium der Finanzen
SAP AG, Walldorf	Aufbau der Schnittstelle zwischen dem KLR-Referenzmodell und dem BayMBS-Verfahren	Staatsministerium der Finanzen
COMPASS Deutschland GmbH, Wiesbaden	Aufbau eines Hochverfügbarkeits-Netzwerks für die Steuer- und Vermessungsverwaltung	Staatsministerium der Finanzen
Fa. Syncwork, Dresden	Organisationsumstrukturierungen im IT-Bereich der Oberfinanzdirektionen	Staatsministerium der Finanzen
UDF Consulting AG, Stuttgart	Konzeption und Erstellung von Vergabeunterlagen für das Projekt BayKOM (Bayerische Kommunikationsnetze für Daten-, Sprach- und Mobilfunkkommunikation sowie Internetzugang)	Staatsministerium der Finanzen
UDF Consulting AG, Stuttgart	Unterstützung bei der Angebotsauswertung, dem Zuschlag und der Vertragsgestaltung für das Projekt BayKOM	Staatsministerium der Finanzen
UDF Consulting AG, Stuttgart	Unterstützung bei der Erstellung des Migrationskonzepts für das Projekt BayKOM	Staatsministerium der Finanzen
UDF Consulting AG, Stuttgart	Erstellung eines Leistungsverzeichnisses, der Preisblätter und des Bewertungsschemas für das Projekt BayKOM	Staatsministerium der Finanzen
UDF Consulting AG, Stuttgart	Erarbeitung sicherheitsrelevanter Kriterien für BayKOM	Staatsministerium der Finanzen
UDF Consulting AG, Stuttgart	Unterstützung bei der Einführung von BayKOM	Staatsministerium der Finanzen
SAP AG, Walldorf	Einführung eines integrierten Verfahrens für die Personal- und Stellenverwaltung, die Bezügeabrechnung sowie die Kosten- und Leistungsrechnung incl. Anlagenbuchhaltung („Viva“)	Staatsministerium der Finanzen
CSC Ploenzke AG, München	Änderungsfachkonzepte für die Datenbank EU-Fördermittel	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
itec GmbH, Köln	Erstellung von DV-Änderungskonzepten für die Datenbank EU-Fördermittel	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
CSC Ploenzke AG, München	Projektbegleitung zur Realisierung einer Datenbank EU-Fördermittel	Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
Fa. debis Systemhouse GEI, München	Erstellung eines fachlichen Fein- und eines DV-Konzepts für Maßnahmen im Rahmen der Programmplanung 2000 – 2006	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
Fa. GAF AG, München	Fachliches Feinkonzept für das Geoinformationssystem	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
Fa. GAF AG, München	Technisches Feinkonzept für das Geoinformationssystem	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
BDO-Unternehmensberatung, München	Prüfung des EDV-Systems der Zahlstelle auf Datensicherheit	Staatsministerium für Landwirtschaft und Forsten
Fa. Deborate GmbH, Brunenthal	„RZKKA – Online“, eGovernment-Anwendung zur elektronischen Unterstützung des Verfahrens zur Förderung von Kleinkläranlagen	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Fa. Deborate GmbH, Brunenthal	„RZKKA – Online“, Betreuung der Hotline, Benutzerbetreuung, Systemadministration	Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz
Unternehmensberatung Schickhoff, Potsdam	Wirtschaftliche Verwertung der Datenbank M-LINE-Pro (Werkstoff-Datenbank) aus dem Forschungsverbund FORMAT	Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst